

GRAPHISCHE PRESSE

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN, STEINDRUCKER, CHEMIGRAPHEN, PHOTOGRAPHEN, LICHT-UND KUPFERDRUCKER, FORMSTECHE, TAPETEN-U. WACHSTUCHDRUCKER U. VERW. BERUFE.

Abonnement. Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitag. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Katalog Nr. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins 1,25 Mk.

Redaktion: Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktorienstraße 25. Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 38. Telefon: Amt Norden, 5346. Druck u. Expedition: Conrad Müller, Schkenditz, Augustastraße 8. — Redaktionschef: Montag.

Insertion. Für die vierspaltige Feilzeile oder deren Raum 30 Pfg., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pfg. pro Zeile. Beilagen nach Obererkunft.

Inhalt:

Hauptteil: Bekanntmachungen. Der Parteitag in Jena. Rundschau. Unsere Justiz, I. Die deutschen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte im Jahre 1912. — **Allgemeines:** Rückblicke auf die Stuttgarter Tagung, IV. Ortsberichte: Lahr, Niedersiedlitz, Viersen. — **Der Steindrucker:** Brief aus München. — **Die photomech. Fächer:** Aus der Statistik der Zentralkommission der Chemigraven und Kupferdrucker, II. Zum Tarif. Aus den Sektionen: Berlin (Chemigr.), Berlin (Lichtdr.), Berlin (Tiefdr.), Frankfurt a. M.-Offenbach, Leipzig, München, Niedersiedlitz, Nürnberg. — **Die Tapetenbranche:** Aus den Sektionen: Berlin. — **Feuilleton:** Vom Büchertisch. — **Anzeigen.**

Bekanntmachungen.

Die Adresse des Zentralvorstandes ist jetzt Otto Sillier, Berlin N. Elsasserstr. 86-88.

Lichtdrucker, Achtung!

Wir versanden an die einzelnen Zahlstellen statistische Fragebogen, um deren pünktliche Ausfüllung wir die Kollegen dringend bitten. Sollten einzelne Kollegen den Personal-Fragebogen nicht erhalten haben, so bitten wir, ihn von uns einzufordern. Die Zentralkommission der Lichtdrucker.

I. A.: Carl Hilbig,

Berlin-Wilmersdorf, Berlinerstr. 118/119.

Der Parteitag in Jena.

Dem diesjährigen Parteitage der deutschen Sozialdemokratie, der vom 14. bis zum 20. September in Jena stattfand, gaben die Verhandlungen über den Massenstreik, über die Arbeitslosenfürsorge und über die Steuerfrage das charakteristische Gepräge.

Von einer Erweiterung der Tagesordnung durch die Einschaltung des Punktes Massenstreik hatte der Parteitag Abstand genommen. Trotzdem ist diese Frage in Jena durchaus nicht zu kurz gekommen. Denn zunächst ließ der Parteivorstand in seinem Geschäftsbericht seinen Standpunkt zum Massenstreik durch seinen Berichterstatter Scheldemann eingehend darlegen; und dann wurde die Diskussion über diese Angelegenheit von der übrigen Aussprache über die Geschäftsberichte losgelöst, sodaß sie an Ausführlichkeit und Umfang hinter der Diskussion über die anderen wichtigsten Verhandlungsgegenstände durchaus nicht zurückstand. Ja es kam gewissermaßen noch zu einem Referat und einem Korreferat, da man der Rednerin des äußersten linken Flügels, der Genossin Luxemburg, sowie dem Genossen Bauer als dem Repräsentanten der deutschen Gewerkschaftsbewegung eine halbstündige Redezeit gewährte. Die ganze Aussprache hat bewiesen, wie berechtigt das Bedauern Scheldemanns darüber war, daß die Diskussion über den Massenstreik in Versammlungen und in der Arbeiterpresse zur denkbar ungeeignetsten Zeit eingesetzt hat. Er führte aus, der Parteivorstand habe sich nicht an dieser Diskussion beteiligt, weil er der Meinung gewesen sei, daß man die Ritterlichkeit nicht soweit treiben dürfe, dem Gegner zu sagen: »Du, ich habe noch eine Waffe; wenn ich die benutze, dann bist Du verloren. Aber Du kannst getrost sein, jetzt kann ich sie augenblicklich nicht benutzen.« Tatsächlich ist der Parteitag mit seiner Behandlung der Massenstreikfrage dem Gegner gegenüber so ritterlich gewesen, wie der Parteivorstand nicht sein wollte, denn er hat diesen Gegner durch die Diskussion leider

wirklich gezeigt, was die Arbeiterschaft jetzt nicht machen kann. Ob das dem preußischen Wahlrechtskampfe, zu dessen erfolgreicher Durchführung die Waffe des Massenstreiks in Deutschland in erster Linie in Betracht gezogen worden ist, förderlich war und ob es die Erfolgsmöglichkeiten dieses Kampfes erhöhte, wagen wir entschieden zu bezweifeln. Allerdings haben die Gegner keine Veranlassung, von diesem Ausgang der Aussprache besonders erbaut zu sein, denn die fast einstimmige Annahme der Resolution des Parteivorstandes, die der mit 333 gegen 142 Stimmen erfolgten Ablehnung einer Resolution der hyperradikalen Gruppe um Luxemburg und Ledebour folgte, hat bewiesen, daß sich alle Richtungen in der Partei über die Notwendigkeit der Anwendung des Massenstreiks zu gegebenen Zeit als ultimario, als letztes Mittel, vollständig einig sind. Die Gegner des um seine Befreiung ringenden Proletariats sollen also nicht zu früh triumphieren.

Den Anträgen, die Arbeitslosenfürsorge als besonderen Punkt in die Tagesordnung aufzunehmen, hatte der Parteivorstand ohne weiteres dadurch Rechnung getragen, daß er sich ihnen anschloß und seine provisorische Tagesordnung selbst entsprechend erweiterte, sodaß sich eine Abstimmung über diese Anträge erübrigte. Das großzügige Referat des Genossen Timm-München war eine fürdurbare Anklage gegen die privatkapitalistische Wirtschaftsweise und Gesellschaftsform, in der die Arbeitslosigkeit zu einer schweren, chronischen Krankheit werden mußte. Er präziserte scharf und klar die Forderungen der Arbeiterklasse an den Staat zur Linderung und Einschränkung des Übels, wies aber auch treffend nach, daß seine Beseitigung erst durch die Überwindung des Kapitalismus und durch die Sozialisierung der Gesellschaft verwirklicht werden kann. Es ist erfreulich, daß der Parteitag die baldige Drucklegung und Massenverbreitung der vorerfundenen Timmschen Rede beschlossen hat. Sie wird der Gesamtheit der Arbeiter ebenso wie die Aussprache über diesen Punkt und die einmütig angenommene Resolution wieder einmal zeigen, daß nur die Sozialdemokratie die Schäden, unter denen die Arbeiterklasse seufzt, zu bekämpfen und zu beseitigen ernstlich bestrebt ist.

Von außerordentlichem Wert ist auch die Entscheidung des Parteitages in der Steuerfrage, die nach einem gründlichen 2½ stündigen Referat des Genossen Wurm, einem glänzenden 2stündigen Korreferat des Genossen Dr. Südekum und einer sachlichen, hochstehenden Diskussion mit 336 gegen 140 Stimmen angenommen wurde. Damit wurde die Taktik der Reichstagsfraktion in der Deckungsfrage, d. h. also die Zustimmung zu Besitzsteuern zur Vermeidung neuer indirekter Steuern für die Deckung der letzten großen Heeresvorlage, von der überwiegenden Mehrheit des Parteitages gebilligt. Ebensovienig wie die Fraktion anders handeln konnte, als sie gehandelt hat, konnte es der Parteitag, wenn er sich nicht in Widerspruch setzen wollte zu der überwiegenden Mehrheit des arbeitenden Volkes. Die Heeresvermehrung war von der bürgerlichen Mehrheit des Reichstages beschlossen

worden; die Taktik der sozialdemokratischen Fraktion konnte infolgedessen nur darauf gerichtet sein, die neue Milliardenforderung von den Schultern der Besitzlosen abzuwenden und sie durch Zustimmung zu Besitzsteuern den Kreisen aufzubürden, deren Vertreter und Sachwalter die neue Volksbelastung verschuldet haben. Diesen einzig möglichen Weg hat die Fraktion mit Erfolg beschritten. Das Volk hat sich dieses Erfolges gefreut und würde es nicht verstanden haben, wenn die Fraktion durch die Annahme der Resolution Geyer und Genossen vom Parteitage desavouiert worden wäre. Ein derartiger Beschluß hätte das Vertrauen der Massen zur Sozialdemokratie zweifellos gewaltig erschüttert. Freuen wir uns, daß eine starke Mehrheit des Parteitages die deutsche Arbeiterpartei vor dieser Gefahr bewahrt.

Zweifelloso bedeutete sowohl die Abstimmung über die Steuerfrage als auch die über den Massenstreik und über verschiedene untergeordnete Punkte eine glatte Niederlage des hyperradikalen Flügels der Partei. Das ist freilich nicht, wie manche bürgerliche Blätter meinen, gleichbedeutend mit einem Siege der sogenannten Revisionisten in der Partei, sondern es ist darauf zurückzuführen, daß sich in der Sozialdemokratie insgesamt und auch auf den sozialdemokratischen Parteitagen eine starke Mittelschicht Geltung verschafft hat, die über allen Richtungsstreit hinweg vor allen Dingen eine gesunde Arbeiterpolitik zu treiben bemüht ist. Ihre Glieder betonen das Gemeinsame, das Einigende. Sie stellen nicht ihren Radikalismus oder ihren Revisionismus herausfordernd zur Schau, sondern sie fühlen sich in erster Linie als Sozialdemokraten. Die guten Wirkungen dieser erfreulichen Entwicklung, die das kleinliche Richtungsgezänk mehr und mehr zum Verstümmen bringt und alle von wahrhaft sozialistischer und demokratischer Gesinnung erfüllten Genossen zu gemeinsamer Arbeit verbindet, haben sich grade auf dem diesjährigen Parteitage in erhebender Weise gezeigt. Grade in dieser Entwicklung erblicken wir auch die sichere Gewähr, daß die politische Arbeiterpartei auch nach dem Heimgange ihres bewährtesten Führers einig und geschlossen weiter wirken wird für die Sozialisierung der Gesellschaft, bis diesem hohen Ziele die Erfüllung winkt.

Die Beschlüsse des Parteitages.

Einsetzung einer Agrarstudienkommission. Der Parteivorstand wird beauftragt, mit dem Parteiausschuß eine Kommission von neun Genossen einzusetzen, die die Aufgabe haben soll, die Entwicklungstendenzen und die derzeitigen Verhältnisse der Landwirtschaft zu studieren und der Partei das gewonnene Material zu unterbreiten. Gemeinsam mit der Kommission kann der Parteivorstand besoldete Mitarbeiter zu den Arbeiten der Kommission heranziehen.

Zur Massenstreikfrage.

Nach dem vom Mannheimer Parteitag (1906) bestätigten Beschluß des Jenaer Parteitages (1905) ist die umfassendste Anwendung der Massenarbeitslosigkeit gegebenenfalls als eines der wirksamsten Mittel zu betrachten, nicht nur um Angriffe auf bestehende Volksrechte abzuwehren, sondern um Volksrechte neu zu erobern.

Die Eroberung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechts zu allen Vertretungskörpern ist eine der Vorbedingungen für den Befreiungskampf des Proletariats. Das Dreiklassenwahlrecht entzieht die Besitzlosen nicht nur, sondern hemmt sie in allen ihren Bestrebungen auf Verbesserung ihrer Lebenshaltung; es macht die schlimmsten Feinde gewerkschaftlicher Betätigung und sozialen Fortschritts, die Junkerkaste, zum Beherrscher der Gesetzgebung.

Darum fordert der Parteitag die entrechteten Massen auf, im Kampfe gegen das Dreiklassenwahlrecht alle Kräfte anzuspannen in dem Bewußtsein, daß dieser Kampf ohne große Opfer nicht siegreich durchgeführt werden kann.

Indem der Parteitag den Massenstreik als unfehlbares und jederzeit anwendbares Mittel zur Beseitigung sozialer Schäden im Sinne der anarchistischen Auffassung verwirft, spricht er zugleich die Überzeugung aus, daß die Arbeiterschaft für die Erringung der politischen Gleichberechtigung ihre ganze Kraft einsetzen muß. Der politische Massenstreik kann nur bei vollkommener Einigkeit aller Organe der Arbeiterbewegung von klassenbewußten, für die letzten Ziele des Sozialismus begeisterten und zu jedem Opfer bereiten Massen geführt werden. Der Parteitag macht es deshalb den Parteigenossen zur Pflicht, unermüdet für den Ausbau der politischen und gewerkschaftlichen Organisation zu wirken.

An die Reichstagsfraktion.

Die sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten haben während der Tagung des Reichstages, wenn nicht durch Krankheit verhindert, vollzählig zur Stelle zu sein, damit nicht, wie geschehen, bei sehr wichtigen Abstimmungen durch das Fehlen unserer Vertreter die Vorlage zu Fall kommt.

Verständigung zwischen Deutschland und Frankreich.
Der Parteitag spricht seine Freude über das Zustandekommen der Berner Konferenz deutscher und französischer Parlamentarier aus, in der er den ersten Schritt zu einer systematischen und direkten Verständigungskampagne der europäischen Parlamente erblickt.

Der Parteitag erwartet, daß die äußerst zahlreiche Beteiligung französischer Parlamentarier beider Kammern und aller republikanischen Parteien an der Berner Konferenz von dem deutschen Volke ihrer Bedeutung entsprechend als Beweis für die Friedensliebe und den Willen der Verständigung des französischen Volkes gewürdigt wird. Er hofft deshalb, daß Regierung, Bundesrat und Reichstag Elsaß-Lothringen endlich die von seiner Bevölkerung verlangte volle republikanische Autonomie und staatsrechtliche Gleichberechtigung mit den übrigen Bundesstaaten gewähren und dadurch die im Interesse des Weltfriedens notwendige Annäherung zwischen Frankreich und Deutschland erleichtern.

Für Abhaltung eines Frauentages 1914.

Der Parteitag stimmt im Prinzip der Abhaltung eines Frauentages im Jahre 1914 zu. Die praktische Durchführung wird dem Vorstände und Ausschüsse überlassen.

Zur Arbeitslosenfürsorge.

Die zur Zeit herrschende und noch ansteigende ungewöhnlich große Arbeitslosigkeit erfordert schleunige Maßnahmen zur Linderung der Not der Arbeitslosen.

In allen öffentlichen Körperschaften im Reiche, in den Einzelstaaten, in den Gemeinden ist deshalb auf sofortige Ausführung noch unerledigter Arbeitsaufträge, auf planmäßige Schaffung von Arbeitsgelegenheit zu tarifmäßigen Sätzen zu dringen.

Von den Organisationen wird erwartet, daß sie durch Veranstaltung von Massenversammlungen das Wirken ihrer Vertreter in den Gemeinden und den Parlamenten nachdrücklich unterstützen.

Die ständige und periodisch stärker auftretende Arbeitslosigkeit ist eine untrennbare Begleiterscheinung und Folge der kapitalistischen Produktionsweise; und sie wird erst mit der Einführung der sozialistisch-organisierten Produktion verschwinden.

Durch eine entsprechende Erweiterung der Sozialgesetzgebung muß aber schon jetzt versucht werden, die schlimmen Folgen der Arbeitslosigkeit tatkräftig zu mildern.

Die öffentlich-rechtliche Arbeitslosenversicherung für alle Arbeiter und Angestellten kann nur durch die Reichsgesetzgebung herbeigeführt werden, auf der Grundlage, wie sie die Beschlüsse des achten Kongresses der Gewerkschaften Deutschlands zu Dresden 1911 und des internationalen Sozialistenkongresses zu Kopenhagen 1910 fordern.

Bis zur Verwirklichung der allgemeinen öffentlich-rechtlichen obligatorischen Arbeitslosenversicherung ist das System der Zahlung gemeindlicher Zuschüsse zu den gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützungen in den Gemeinden zu fordern.

Zu diesem Zwecke muß überall die Heranziehung der Einzelstaaten zu den erforderlichen Zuschußleistungen verlangt werden.

Die Förderung der öffentlich-rechtlichen Arbeitslosenfürsorge ist nur möglich durch die tatkräftige Stärkung unserer politischen und gewerkschaftlichen Organisationen. Der Parteitag fordert daher alle Arbeiter auf, sich diesen Organisationen anzuschließen.

Zur Steuerfrage.

Der Parteitag fordert gemäß Punkt 10 des Parteiprogramms:

Stufenweis steigende Einkommen- und Vermögensteuer zur Bestreitung aller öffentlichen Ausgaben, soweit diese durch Steuern zu decken sind; Selbsteinschätzungspflicht; Erbschaftsteuer, stufenweise steigend nach Umfang des Erbgesetzes und nach dem Grade der Verwandtschaft. Abschaffung aller indirekten Steuern, Zölle und sonstigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche die Interessen der Allgemeinheit den Interessen einer bevorzugten Minderheit opfern.

Ferner erklärt der Parteitag:
Die Steuern sind, soweit steuertechnisch möglich, nur von Budgetperiode zu Budgetperiode in jeweils etatsmäßig festzusetzenden Quoten zu bewilligen. (Quotisierung der Steuern.)

Der Bedarf der Bundesstaaten ist durch Zuschläge zu den direkten Reichssteuern zu decken. Für die Deckung des Bedarfs der Gemeinden ist gemäß den Beschlüssen des Parteitags zu Bremen zu fordern:

Staatliche Zuschüsse für die Aufgaben des Volksgesundheitswesens, des Schulwesens, der Armenpflege, des Wegebauens.

Zuschläge zu den staatlichen Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuern. Wo derartige staatliche Steuern nicht existieren, soll den Gemeinden das Recht zustehen, besondere kommunale Einkommen-, Vermögens- und Erbschaftsteuern auszubilden.

Besteuerung des unverdienten Wertzuwachses an Grund und Boden.

Der Parteitag erklärt weiter:
Für die Bewilligung von Steuern in Reich, Bundesstaaten und Gemeinden ist aber nicht allein maßgebend die Art der Steuern, sondern auch ihr Verwendungszweck.

Gemäß dem Beschluß von Nürnberg 1908 ist jeder gegnerischen Regierung das Staatsbudget bei der Gesamtapprobation zu verweigern, es sei denn, daß die Ablehnung desselben durch unsere Genossen die Annahme eines für die Arbeiterklasse ungünstigeren Budgets zur Folge haben würde.

In gleicher Weise ist auch jede direkte Steuer, selbst wenn sie allein den Mehrwert trifft, von unseren Genossen abzulehnen, falls der Verwendungszweck den Interessen der Arbeiterklasse widerspricht, es sei denn, daß die Ablehnung der direkten Steuern durch unsere Genossen die Annahme der bekämpften Vorlage nicht hindert und eine für die Arbeiterklasse ungünstigere Besteuerung zur Folge haben würde.

Entsprechend unserer Programmforderung haben unsere Genossen in den Parlamenten stets darauf hingedrängt, daß bestehende indirekte, die Arbeiterklasse belastende Steuern abgeschafft und durch direkte ersetzt werden, ohne Rücksicht darauf, zu welchen Zwecken die Staatseinnahmen verwendet werden.

Demgemäß haben sie auch zu verhindern, daß neue indirekte Steuern auf die Arbeiterklasse gewälzt werden, und wenn dies nur durch Zustimmung zu direkten Steuern zu erreichen ist, haben sie dafür zu stimmen, da dann der Verwendungszweck der direkten Steuern nur noch der Ersatz indirekter Steuern ist.

Zur Malfelderfrage.

Dem Beschluß des Leipziger Parteitages vom Jahre 1909, der die Regelung der Malfelder und die Ansammlung eines Malfelderfonds anordnet, fügt der Parteitag in Jena folgende Erklärung hinzu:

Der Parteitag erwartet von den in Bureau und Redaktionen der Partei und der Gewerkschaften angestellten Parteigenossen, daß sie im Hinblick auf die Opfer, die die Arbeiter im Kampf um die Malfelder bringen, ihren Tagesverdienst am 1. Mal an den Malfelderfonds abliefern.

Zum Fall Radek.

Personen, die aus einer dem internationalen sozialistischen Bureau angeschlossenen Bruderpartei wegen ehrloser Handlungen ausgeschlossen worden sind, können in der sozialdemokratischen Partei Deutschlands ohne Zustimmung der Partei, die den Ausschuß vollzogen hat, die Mitgliedschaft nicht erwerben.

Polenpolitik und polnische Organisation.

Der Parteitag verurteilt auf das schärfste die habsburgische Politik der preussischen Regierung und der bürgerlichen Parteien. Unsere Genossen in den parlamentarischen Körperschaften werden diese Politik wie bisher mit aller Kraft bekämpfen.

Wie die Erfahrung gelehrt hat, kann diese Unterdrückungspolitik, wie überhaupt der Kampf zur Befreiung des polnischen Volkes von politischer Unterdrückung und wirtschaftlicher Ausbeutung, nur wirksam geführt werden, wenn das polnische Proletariat sich ebenso wie in den Gewerkschaften auch in der sozialdemokratischen Partei einheitlich organisiert und mit dem unter gleichen Joch stehenden deutschen Proletariat gemeinsam den Befreiungskampf führt.

Der Parteitag hebt daher die Einigungsbedingungen von 1906 auf und spricht die Erwartung aus, daß alle polnischen Genossen innerhalb der deutschen Landesgrenzen sich der sozialdemokratischen Partei Deutschlands anschließen. In Landesteilen mit polnisch sprechender Bevölkerung haben die örtlichen Organisationen dafür Sorge zu tragen, daß die schriftliche und mündliche Agitation auch in polnischer Sprache betrieben wird.

Rundschau.

Billige Entwürfe, schreibt die Elberfelder »Freie Presse« weß sich die Kunstanstalt und Papierwarenfabrik von *Lehner & Hayn* in Krefeld zu verschaffen. Wie uns aus Barmen mitgeteilt wird, sucht diese Firma durch Inserate einen Lithographen. Meldet sich nun ein Lithograph, so erhält er einen Brief folgenden Inhalts: »Wir erhielten ihr Bewerbungsschreiben und sind eventl. nicht abgeneigt, Sie zu engagieren. Da wir jedoch nur einen Herrn suchen, welcher solche Entwürfe zu liefern imstande ist, so stellen wir Ihnen anheim, uns einen Probeentwurf zu machen. Wir übersenden Ihnen in der Anlage eine Margarine Packung, und wollen Sie eine neue, modern gehaltene Faltschachtel entwerfen, in 2 oder 3 Farben, mit gleichem Text wie einliegender Muster. Wir sehen Ihrer gefl. Rückäußerung gerne entgegen und zeichnen hochachtungsvoll *Lehner & Hayn* G. m. b. H.« Hat sich nun der arbeitssuchende Lithograph ordentlich abgequält, und einen schönen Entwurf fertiggestellt und eingesandt, kann er, wie uns weiter mitgeteilt wird, auf Anstellung lange warten. ... Die Mahnung zur Vorsicht gegenüber dieser Firma, mit der die »Freie Presse« ihre Notiz schließt, sei auch in unserm Blatte allen Kollegen dringend zur Beachtung empfohlen.

Die »Freie Fachschule für das graphische Gewerbe« in Berlin-Neukölln versendet jetzt ihren Jahresbericht 1912/13 nebst Programm für das laufende Schuljahr. Der dreifarbig Umschlag, eine hervorragende Leistung der Mann-Offsetpresse, ist von vornehmster Wirkung. Aus dem Inhalt ist zu entnehmen, daß die Schülerzahl von 243 auf 354 im Berichtsjahre gestiegen ist und eine Erweiterung der Schulräume nötig wurde. Für das Schuljahr 1913/14 sind neu eingerichtet Halbjahrskurse zur Vorbereitung auf die Meisterprüfung für das Steindruckgewerbe, sowie Kurse zur Ausbildung als Zeilungs- und Reklamefachmann, für das Entwerfen von Drucksachen und Inseraten, Tonplattenschnitt etc. Besondere Erwähnung verdienen auch die Kurse zur Einführung in das Offsetverfahren und in den Steindruck. Da die Schule nur den Abendunterricht pflegt, sind die dort amtierenden Lehrer noch alle in graphischen Betrieben tätig; das dürfte von Vorteil für den Unterricht sein. Der briefliche Unterricht, der sich bisher nur auf Vorbereitungskurse zur Meisterprüfung für das Buchdruckgewerbe erstreckte, wurde auf das Steindruckgewerbe erweitert.

Ein Einbruch in das Stuttgarter Gaubureau des Buchdruckerverbandes wurde in der Nacht vom 13. zum 14. September verübt. Die Einbrecher sägten Schlösser und Türfüllungen durch; die Kassenschränke zu öffnen gelang ihnen aber nicht, dadurch sind außer den Sachbeschädigungen keine Verluste entstanden.

Versicherungsbank in Düsseldorf. Nachdem wir bereits in der vorigen Nr. von einer Zuschrift Notiz genommen hatten, die uns zu der in Nr. 36 erschienenen Rundschau notiz »Vereinsversicherungsbank in Düsseldorf« und zu den darin enthaltenen Bemerkungen über den Lithographen August Wernicke zugegangen war, senden uns nun auch die Frau des Verstorbenen unter Berufung auf das Preßgesetz folgende Berichtigung: »1. Lithograph Wernicke ist 1911 von niemandem überredet worden, aus der Organisation auszutreten, sondern ist freiwillig geblieben. — 2. hat Lithograph Wernicke niemals der Vereinsversicherungsbank angehört und ist von niemandem aufgefordert worden, derselben beizutreten, und hat auch der Tod meines Mannes nichts damit zu tun.

Clara Wernicke geb. Bertermann.

In der Sterbetafel der vorigen Nummer ist auch der Name eines Kollegen enthalten, der in weiteren Kollegenkreisen bekannt und beliebt geworden ist: *Albert Gremmelspacher*, Lithograph aus Freiburg i. B., gestorben im Alter von 40 Jahren nach mehr als halbjährigem Krankenlager an Lungenleiden am 16. August d. J. in Bielefeld. Gremmelspacher hat die Kollegenschaft mit mandem schönen Gedicht zu Senefelderfeiern und anderen kollegialen Veranstaltungen erfreut. Auch in unserem Blatt ist mehrfach den Kindern der Muse Gremmelspachers eine Helmsatze bereitet worden. So besang er im Jahrgang 1905 die Wiedergeburt des deutschen Senefelderbundes. In dem Gedenkblatt der Hannoverischen Generalversammlung 1907 waren ein packender Prolog und drei wohlgeungene Festlieder von *Albert Gremmelspacher* enthalten. Die deutsche Kollegenschaft wird ihres von der tüchtigen Proletarierkrankheit viel zu früh dahingerafften Sängers allezeit in Ehren gedenken.

Senefelderfeiern. Unter dieser Überschrift schreibt uns ein Kollege: Die Zeit des Geburtstages unseres Altmeisters Senefelder fällt in die zu Saalfeiern geeignetste Zeit, in den trüben November. Eine Senefelderfeier sollte in jeder Mitgliedschaft, selbst in der kleinsten, gefeiert und gleichzeitig als Agitation für den Verband ausgestaltet werden. Gelegentlich der Berichterstattung von der Stuttgarter Generalversammlung stand auch die »Senefelderfeier« in mander Mitgliedschaft auf der Tagesordnung oder sie wurde unter Verschiedenem besprochen. Ich freute mich da, in der Diskussion zu hören, daß man es als eine Schwäche unseres Verbandes dem Unternehmer gegenüber betrachten könnte, wenn die Senefelderfeier jetzt nicht mehr so schön und würdig gefeiert würde, wie in früheren Jahren. Das ist ein sehr vernünftiger Standpunkt

und die betreffende Mitgliedschaft faßte auch den Beschluß, die Senefelderfeier so wie in früheren Jahren zu begehen. Manche Zahlstellen haben ja keine Lokalkassen; hier müssen eben die Mitglieder einen freiwilligen Beitrag bezahlen, tragen doch so manche ihr Geld zu anderen Vergnügen, leider auch noch in bürgerliche Klimbimvereine aller Art. Das Gefühl der Zusammengehörigkeit als Arbeiter kann durch Senefelderfeiern gewekdet werden. So mancher Kollege, der das ganze Jahr über in keine einzige Versammlung kommt, kann sich hier auch als ein Teil des Ganzen fühlen und immer zum Gelingen des Ganzen mit beitragen helfen. Also auf, Kollegen allerorten! Felert trotz ungünstiger beruflicher und wirtschaftlicher Verhältnisse in jeder Mitgliedschaft auch dieses Jahr eure Senefelderfeier!

Schmutzige Arbeit. Zu diesem Thema lesen wir im »Vorwärts« folgende treffende Ausführungen: Die Fuchtel des Kapitals bedroht alle von ihm abhängigen Existenzen. Wer nicht pariert, den wirft es aufs Pflaster, den läßt es die Hungerpeitsche kosten. Beamte wie Arbeiter! Fachtätigkeit genügt nicht, um der Gnade gewürdigt zu werden, sich ausbeuten zu lassen. Das Kapital verlangt bedingungslose Unterwürfigkeit, Verzicht auf Staatsbürgerrechte und auf Lohnforderungen. Um die Arbeiter zu solcher Willfährigkeit zu erziehen, sucht man einen Stamm gelber Hintzergarden heranzuzüchten. Diesem Ziele widmen die rheinisch-westfälischen Großindustriellen viel Geld und Mühe. Bisher war der Erfolg wenig lohnend. Es fehlt an geistigen Kräften für die schmutzige Werbearbeit. Dem Übel soll nun auf zweifachem Wege gesteuert werden. Dem Drill und der Aufzucht von Propagandisten für die gelbe Bewegung sollen extra zu dem Zwecke eingerichtete Kurse dienen. Schiffsbrühdigen, die anders nichts retteten aus dem Sturm des Lebens und der Leidenschaft, als den Erhaltungstrieb, denen, die Menschenwürde, Moral und Scham als Ballast über Bord warfen, eröffnet sich eine Aussicht auf Unterkommen. Anscheinend haben die Unternehmer aber doch selbst nicht viel Vertrauen zu den berufsmäßigen gelben Agitatoren; von den ehrenamtlich tätigen, im Beamtenrock steckenden, eine gewisse Autorität darstellenden Angestellten erwartet man mehr. Darum hat die Beamtenschaft den Auftrag, für gelben Zugang zu sorgen. Wer bei solchem Werk sich tüchtig erweist, steht dem Berufsstüchtigen voran. Was Wunder, daß nun auf manchen Werken die Beamten sich stundenlang damit abquälen, ihren »Untergebenen« die Vorzüge der gelben Werksvereine klar zu machen. Sogar billige Kartoffeln und billige Fische werden als Belohnung für den Beitritt in sichere Aussicht gestellt. Wenn das nicht zieht —! Daß alle Beamten sich gern und willig der unsauberen Arbeit unterziehen, ist ausgeschlossen. Gewiß gibt es auch Kriecher unter ihnen, aber die Mehrzahl empfindet es als Schmach, dergleichen Werbebedienen verrichten zu müssen, will man nicht die Stellung verlieren. Trotz aller dieser Machinationen, trotz der krampfhaften Bestrebungen, eine statifliche Zahl der Gelbigen aufmarschieren lassen zu können, beschwindeln die Unternehmer die Öffentlichkeit mit der Behauptung, die gelbe Bewegung sei elementar aus der Arbeiterschaft selbst erwachsen, sie sei ein mächtiger, wichtiger Protest gegen gewerkschaftlichen Terror, ein Protest, den Arbeiter aus eigener Initiative, zu eigenem Schutz erhöhen. Mit den künstlich aufgedühten, mit allen Mitteln des Terrors verstärkten Werksvereinen will man die Forderung nach einem Ausnahmegesetz gegen die Arbeiter, die Beschneidung des Koalitionsrechts fordern. Schmutzige Mittel zu einem unsauberen Zweck.

Der Handwerks- und Gewerbekammertag, der als offizielle Vertretung des deutschen Handwerks Mitte August in Halle a. S. tagte, hat nach einem Referat des Handwerkskammersyndikus Wienbeck in Hannover einen größeren »Schutz gegen den zunehmenden Mißbrauch des Koalitionsrechts« und vor allem wieder den »Schutz der Arbeitswilligen« verlangt. Es wurde ein Sondergesetz gefordert, das die Berufsorganisationen für alle wirtschaftlichen Schädigungen der Arbeitgeber, insbesondere durch Boykottklärungen, haftpflichtig macht. — Die Handwerker hätten wahrhaftig Besseres zu tun, als mit den schlimmsten Scharfmachern in das gleiche Horn zu luten. Bei ihnen wächst anscheinend die antisoziale Gesinnung in dem Maße, als sie die Fruchtlosigkeit ihres Kampfes gegen das Großkapital einsehen. Dafür sollen nun die Arbeiter herhalten, weil sie nicht zugunsten der Handwerksmeister darauf verzichten wollen, ihre eigene Lage zu verbessern.

Aus dem Auslande.

Spanien. In der letzten Nr. der »Neuen Graph. Nachr.« unseres österreichischen Bruderverbandes wird über den zweiten Verbandstag des spanischen Lithographenverbandes berichtet, der bereits Mitte Mai stattgefunden hat. Nach diesem wurde ein neues Statut angenommen, das als Hauptziele die Erringung des Achtstundentages und die Einführung eines möglichst fürs ganze Land gleichartigen Tarifs durch den Abschluß von Kollektivverträgen mit den Arbeitgebern vorsieht. Das revidierte Statut bestimmt ferner, daß Streiks ohne die Zustimmung des Zentralvorstandes nicht erklärt werden dürfen, es sei denn in besonders dringenden Fällen, wo die Ortsgruppe sich in der Defensive

befindet oder die Ehre der Organisation auf dem Spiel steht und eine rechtzeitige Verständigung mit dem Zentralvorstande unmöglich ist. Streikunterstützung soll hinfür, jedoch zunächst nur probeweise, von der Zentralkasse gewährt werden. Die Mitgliederbeiträge wurden erhöht. Zum Sitz des Zentralvorstandes wurde Barcelona bestimmt.

Generalversammlungen und Kongresse.

Großbritannien. Vom 1. bis 6. September tagte in Manchester der 46. britische Gewerkschaftskongreß. Vertreten waren 206 Gewerkschaften mit 2223446 Mitgliedern. Gleich zum Anfang nahm er eine Resolution an, in der die Regierung und der englische Statthalter wegen des Versammlungsverbots vom 31. August und das brutale Auftreten der Dubliner Polizei heftig verurteilt wurden und die Wiederherstellung der Redefreiheit und die Einleitung einer strengen Untersuchung über die Aufhebung der Polizei verlangt wurde. Ferner entsandte der Kongreß sechs seiner geachteten Mitglieder nach Dublin, um den Dubliner Arbeitern zu helfen, das Recht der freien Rede zu verteidigen, und um über die Ausschreitungen der Polizei eine Untersuchung einzuleiten. — Neben dieser Solidaritätserklärung mit den kämpfenden irischen Arbeitern erhielt der Kongreß sein Gepräge durch die Anwesenheit des Vertreters der deutschen Gewerkschaften Genossen Legien und des Vertreters der französischen Gewerkschaften Genossen Jouhaux, die zu einer imposanten Demonstration für die Verbrüderung der Arbeiter aller Länder und den Völkerfrieden wurde. Die Reden von Legien und Jouhaux, die mit minutenlangem Beifall aufgenommen wurden, ließ der Kongreß sofort drucken und verbreiten. Die übrigen Verhandlungen des Kongresses betrafen ausschließlich rein britische Angelegenheiten.

Schweiz. Vom 13. bis 15. September tagte in Zürich der Kongreß der schweizerischen Gewerkschaften. Nach dem Rechenschaftsbericht gehören dem Gewerkschaftsbunde rund 92000 Arbeiter an, das sind 70 Proz. aller in der Schweiz gewerkschaftlich Organisierten. Der Kongreß beschloß einstimmig eine Erhöhung der Beiträge zum Gewerkschaftsbunde, durch die sich die Beitragseinnahme von rund 29500 auf 37000 Frank steigern wird. Ferner beschloß er, daß in Zukunft die hauptsächlichsten Publikationen des Bundes auch in französischer Sprache herauszugeben sind. Sodann befaßte sich der Kongreß eingehend mit der kommenden schweizerischen-Gewerbesetzgebung und mit der Stellungnahme der schweizerischen Gewerkschaftsverbände zu den Jugendorganisationen, die tatkräftig unterstützt werden sollen; zur Aufrechterhaltung einer steten Verbindung miteinander sollen Partei- und Gewerkschaftsbund in die Zentrale der Jugendorganisation Vertreter entsenden und auch in den einzelnen Orten sollen geeignete Delegierte in die Jugendorganisationen entsandt werden. Der Kongreß sprach sich sodann auch für eine rege Förderung der gewerkschaftlichen Arbeitslosenversicherung und für die Förderung der Organisation bei den schlechtestgestellten Arbeitern und in solchen Industriezweigen aus, für die zur Zeit noch keine Zentralverbände bestehen. Endlich nahm er noch Stellung zu den Tarifverträgen, indem er sich für Zentraltarife erklärte, zur Revision des Fabrikgesetzes und zum Generalstreik, indem er den syndikalistischen Generalstreik verwarf, aber Massenstreiks als Notwehr- und Protestaktionen anerkannte, wenn es sich darum handelt, Maßnahmen der Behörden gegen die Arbeiter zu verhindern oder dagegen zu protestieren.

Unsere Justiz.

I.

Nahezu täglich lesen wir in der Tagespresse Urteile, die zu unserem Rechtsempfinden in schroffem Gegensatz stehen; sei es, daß wir ein Urteil im Hinblick auf die Delikte, die zur Aburteilung standen, für zu milde fanden, oder daß uns die Härte des Urteils, die Höhe der Strafen in helle Empörung versetzte. Gewiß, die Rechtsprechung wird es nicht jedem recht machen können; aber es steht immerhin schlecht um das Ansehen der Rechtsprechung, wenn sie in einem großen Teil der Bevölkerung das Empfinden auslöst, daß ihre Urteilsfindung das Rechtsempfinden ganzer Schichten der Bevölkerung verletzt und nicht selten starker Unwille durch das Einfügen politischer und wirtschaftlicher Streitfragen gesteigert wird.

Kaum zu einer Zeit als gegenwärtig tritt diese Erscheinung der Rechtsprechung so unangenehm hervor. Nicht in jedem Urteil, nein, aber doch in so vielen, daß man den Eindruck nicht los wird, die erregten politischen und wirtschaftlichen Kämpfe werfen ihre Aufregung und Parteilichkeit leider recht oft auch in den Gerichtssaal hinein. Der Richter soll über den Parteien stehen, nicht die Vergehen des einfachen Mannes anders beurteilen, als die des Hochstehenden. Er soll das Ehrgefühl des einen so bewerten als das des anderen, auch wenn soziale Rangstufen im wüsten Treiben des kapitalistischen Betriebes eine Trennung vorgenommen haben: Die Roheit, die in einem Verbrechen zum Ausdruck kommt, ist gleich verwerflich, ob Herr oder Knecht sie auf sein Schuldkonto ladet. Aber wir werden

irre an diesen Grundsätzen einer vorurteilsfreien Justiz, wenn wir manche der Vorgänge aus der Arbeiterbewegung Revue passieren lassen.

Einen solchen Rückblick auf das Walten unserer Justiz hat Erich Kuttner in einer Schrift »Klassenjustiz« unternommen. Sie ist eine sehr verdienstvolle Arbeit, die eine Fülle von Material vorführt, um uns in der modernen Richtstätte unserer Zeit herumzuführen. Wir geben aus dem reichen Inhalt einiges wieder; man ist dabei leider in der Auswahl beschränkt, denn jedes Beispiel bietet hier ein wertvolles Dokument. Wir können die Leser nur sehr nachdrücklich auf die Schrift hinweisen.

Der Verfasser schildert uns, wie durch den Klassencharakter des heutigen Staates auch die Rechtsprechung beeinflusst werden muß. Der Klassencharakter unserer Gesetze mutet uns im heutigen Klassenstaate beinahe als etwas so Selbstverständliches an, daß wir ihn kaum noch im Auge haben, wenn wir gemeinhin von »Klassenjustiz« reden. Er entfällt ja auch nicht auf das Konto unserer Justiz, denn die Gesetze werden nicht von Juristen gemacht, sondern von Regierungen und Volksvertretungen, in denen heute zumelst noch die Vertreter der oberen Klassen ausschlaggebend sind.

Aber die Statuierung von Gesetzen ist nur die eine Seite der Rechtspflege. Sind die Gesetze festgestellt, so bleibt noch die wichtigste Aufgabe ihrer Auslegung und Anwendung auf den Einzelfall. Zu diesem Zwecke fungieren unsere Gerichte, die somit ein wichtiges Glied im Staatsorganismus bilden.

Ihre Freiheit und Bedeutung für die Rechtspflege ist größer, als auf den ersten Blick scheinen möchte. Freilich ist der Richter an das Gesetz gebunden; aber wer einmal praktisch versucht hat, die abstrakten Gesetzesregeln auf den konkreten Einzelfall anzuwenden, der weiß, wieviel Auslegungsmöglichkeiten gegeben sind. Der Witz ist ja sprichwörtlich geworden, daß zwei Juristen, die man über denselben Fall befragt, drei verschiedene Ansichten äußern. Es kommt hinzu, daß unser ganzes Recht durchsetzt ist mit Hinweisen auf »Treu und Glauben«, die »guten Sitten«, die »Verkehrssitte« usw., Begriffe, die im Einzelfall natürlich ganz verschieden ausgelegt werden können und werden.

Die Freiheit des Richters kann dazu führen, daß die Rechtsprechung noch über das hinausgeht, was die Gesetzgebung wollte, daß auch sie zu einem Werkzeug der Bedrückung und Ausbeutung wird. Erst wenn auch der zweite Teil der Rechtspflege, die Rechtsprechung, sich gegen die unteren Klassen wendet, reden wir eigentlich von Klassenjustiz.

Das heißt nicht etwa, daß der Richter im Interesse der kapitalistischen Klasse wissentlich das Recht beugt. Solche Fälle mögen vielleicht hier und da vorkommen; sie sind aber einmal nicht zu erweisen, solange man nicht in die Brust eines jeden Richters hineinschauen kann, sodann aber bilden sie auch nicht das wesentliche Merkmal für den Begriff der Klassenjustiz. Tatsächlich behaupten wir deshalb auch nicht das Vorhandensein wissentlicher Rechtsbeugung; dies gilt sowohl im allgemeinen wie auch für sämtliche im Text aufgeführten Einzelfälle.

Klassenjustiz entsteht allein schon dann, wenn der Richter in den Vorstellungskreisen und Moralanschauungen der herrschenden Klasse, der er meist selbst entstammt, so befangen ist, daß er in dem Glauben, Recht im allgemeinsten Sinne zu sprechen, tatsächlich nur das Interesse jener herrschenden Klasse vertritt. Es handelt sich also nicht um einen Charakterfehler des Richters, sondern um einen Mangel im Denken, an dem der einzelne schuldlos sein mag, dessen Ursachen jedenfalls in den heutigen materiellen Verhältnissen begründet liegen. Ein Richter z. B., der in einem Streikbrecher die Blüte der Kultur sieht, mag dies im besten Glauben tun, er gehört eben zur herrschenden Klasse, und es ist eine menschliche Schwäche, alles, was einem nützt, in idealisiertem Lichte zu sehen. Und der Richter ist auch nur Mensch.

Es ist also ganz sinnlos, wenn bürgerliche Kreise zeternd, das Wort »Klassenjustiz« enthielte eine schwere Beleidigung des Richterstandes. Man kann es freilich einem Klassenurteil von außen nicht ansehen, ob die Richter, die es fällen, bewußt oder unbewußt im Geiste der herrschenden Klasse judiziert haben. Aber die Arbeiterschaft ist stets loyal genug gewesen, bis zum Beweise des Gegenteils unseren Richtern den guten Glauben zuzuerkennen.

Ja, aus richterlichen Kreisen selber ist uns die Existenz der Klassenjustiz bestätigt worden. Man lese folgenden Ausspruch eines hochgestellten Richters:

»Da die böse Sozialdemokratie nun einmal nicht mehr in der Zwangsjacke eines drakonischen Ausnahmerechts steckt, muß das gemeine Recht die erforderlichen Handhaben der gewünschten Fesselung darbieten. Und da das gemeine Strafrecht mit seinen Normen nun einmal nicht darauf zugeschnitten ist, speziell gegen die Sozialdemokratie Waffen herzugeben, muß man diese Normen fein säuberlich durch juristische Dehnen und Pressen für den Zweck zurecht renken. Noch haben wir, die Vertreter heutiger Staats- und Gesellschaftsordnung, die richterliche Gewalt in Händen; machen wir davon rückwärts Gebrauch gegen die Todfeinde unseres

Klassenjustiz. Von Erich Kuttner. Verlag: Buchhandlung Vorwärts. Preis 1 Mk. (Stehe-Gr. Pr. Nr. 34; Vom Büchertisch.)

Staates und unserer Gesellschaft, ehe die soziale Revolution uns ans Messer liefert! So etwa denken die bewußtesten, denen die übrigen bongré malgré (wohl oder übel) nachgiebig folgen.

So schrieb im Jahre 1898 in der Hardenschen »Zukunft« der Reichsgerichtsrat Mittelstädt. So hat hier einer der höchsten Richter des Deutschen Reiches Wesen und Existenz der Klassenjustiz mit rückhaltloser Schärfe bestätigt.

In dem Folgenden schildert der Verfasser die Einwirkung der kapitalistischen Interessenkreise auf die Rechtsprechung, er untersucht die gesellschaftliche Stellung der Richter und schließlich auch ihre Abhängigkeit.

Mit welchen Augen nach der dargelegten äußeren und inneren Entwicklung das Gros unseres Richtertums auf die moderne Arbeiterbewegung sehen mag, kann kaum zweifelhaft sein. Den besten Beweis für mangelndes soziales Verständnis bilden natürlich die von diesen Richtern gefällten Urteile. Aber ehe wir auf diese kommen, erst eine Blütenlese markanter Einzelaussprüche:

Der Landgerichtsrat Mundy in Breslau bezeichnet die Beamten, die den Weg zur »Breslauer Volkswacht« finden, in öffentlicher Verhandlung als: »Ehrlose Schweinehunde«. (Man beachte die vornehme Ausdrucksweise). Aber als der angeklagte Genosse Schiller von der »Breslauer Volkswacht« sich dagegen wehren will, wird er von Herrn Mundy mit einer Ordnungsstrafe bedroht. Derselbe Richter erklärte (Juni 1912) im Prozeß gegen den Redakteur Förster von der »Volkswacht« bei der Urteilsverkündung, daß das Gericht »leider« habe auf Freisprechung erkennen müssen.

Herr Assessor Warmbrunn in Danzig weigert sich (Juni 1911), den Genossen Crispian als Zeuge zu vernehmen, weil Crispian einer Partei angehört, »die offen erklärt, daß der Eid nicht blinde«.

Der Arbeiter Helmman, der den Kassierer des Konsumvereins »Vorwärts« in Breslau durch ein Flugblatt gröblich beleidigt, wird in erster Instanz freigesprochen mit der Begründung »daß Beleidigungen unter Sozialdemokraten so üblich sind«. Erst das Landgericht hebt dieses famose Urteil auf (Mai 1912).

Der Landgerichtsdirektor Suchsland in Naumburg faßte seine soziale Weisheit mit den Worten zusammen: »Ein Diebstahl ist nicht so schlimm, wie wenn ein Arbeiter den andern von ehrlicher Arbeit abzuhalten sucht.« (Dezember 1911.)

Amtsgerichtsrat Lottermoser-Dresden meint: »Der Richter steht zum Angeklagten wie der Offizier zum Untergebenen.« (November 1911.)

Amtsgerichtsrat Rückert-Frankfurt a. M. lehnt Beweisanträge ab, »da sie nur gestellt seien, um ihre Ablehnung in der sozialdemokratischen Presse kritisieren zu können«.

Landgerichtsdirektor Richter-Essen produzierte gelegentlich der Streikprozesse im Ruhrgebiet in einer Urteilsbegründung am 28. März 1912 folgenden Satz: »Als die Arbeitswilligen in Begleitung von Gendarmen kamen, verschwand der Angeklagte nach Art der feigen Memmen; das sind die richtigen! Eine Klage des hierdurch beleidigten Bergmannes Bernhard Lönnermann endigte mit der Freisprechung des Richters. Das Schöffengericht erklärte, daß der Angeklagte sein Recht, die Tat zu bestreiten, in einem Maße mißbraucht habe, das an Ungebühr vor Gericht grenze. Der Vorsitzende habe deshalb getrost den Privatkläger in der geschehenen Weise kennzeichnen dürfen. Der Richter brauche sich hierbei nicht immer der Ausdrücke zu bedienen, die unter Juristen üblich seien, er könne vielmehr gegebenenfalls auch solche Ausdrücke wählen, die er als dem Angeklagten mehr geläufig ansehe. Das Landgericht billigte dem Richter den Schutz des § 193 zu, wobei es als zweifelhaft ansah, ob der Ausdruck »feige Memme« der Würde der Gesetze entspräche. Das Oberlandesgericht Hamm bestätigte im Januar 1913 das freisprechende Urteil.

Genosse Reichardt mußte sich als Beklagter vom Amtsrichter Gentholz in Weißwasser als »gewerbsmäßiger Ehrabschneider« titulieren lassen. (Januar 1912.)

Amtsgerichtsrat Weber-Bodum äußerte sich zu einem angeklagten Sozialdemokraten: »Wenn Ihre Genossen eine Gewalttat begehen und nachher zu feige sind, es einzugestehen, dann verkleiden sie sich hinter allerhand Ausflüchte. So sind die Genossen des Angeklagten.« Als er sah, wie der anwesende Redakteur des »Volksblattes« diese Worte notierte, fuhr er fort: »Schreiben Sie's nur auf und bringen Sie's in Ihr Blatt. Was gebe ich darum, danach frage ich gar nichts!« (Mai 1910.)

Anders der Amtsgerichtsrat Birke Spandau. Dieser äußerte in der Verhandlung gegen den Gen. Seeland wegen Wahlrechtsdemonstrationen: »Es ist bekannt, daß die sozialdemokratische Partei geneigt ist, zu Gewalttätigkeiten zu schreiten.« Dieser Herr verbot merkwürdigerweise, daß sich einige Zuhörer diese Worte notierten. (Mai 1910.)

Auf tiefes Verständnis für die soziale Lage der arbeitenden Klassen läßt es schließen, wenn Amtsgerichtsrat Grünzer-Chemnitz bei einem nach Kräften anständig gekleideten Arbeiter bemängelt, daß dieser keinen weißen Stehkragen, sondern nur einen umgelegten Hemdenkragen trage! (Mai 1910.) — Solche Fälle sind übrigens vor Gericht nichts Seltenes. Ebenso zeugt es nicht von sozialem Verständnis, wenn ein einfacher Landarbeiter wegen Ungebühr 24 Stunden in Haft genommen wird,

weil er das Essen seiner Gutsherrschafft mit den Worten kritisiert: »Das war kein Essen, sondern ein Fressen.« So ging es dem Dienstknecht Gustav Fischer vor dem Potsdamer Schöffengericht. (September 1910.)

Nach diesen Proben »objektiver« Gesinnung Arbeitern gegenüber einige Gegenüberstellungen richterlicher Entscheidungen, die uns zeigen, wie oftmals ein und dieselbe Tat recht verschieden bewertet werden kann, je nach Stellung des Angeklagten.

Vor dem Schöffengericht Leipzig erhalten ein Student, der einen ein Streikposten, der einen Schutzmann ein Schwein nennt — ein Schwein nennt — eine Woche Gefängnis.

Vom Landgericht Chemnitz erhielten zwei Arbeiter, die in der Trunkenheit Rosenstöckchen herausgerissen hatten, je 8 Monate Gefängnis.

Das Schöffengericht Erlangen fällt im Januar 1913 am selben Sitzungstage nacheinander folgende beiden Urteile:

Zwei Studenten belästigen und verfolgen in unverschämter Weise eine Dame, die in Gesellschaft ihres Verlobten eine Vorstellung besuchte. Als der Bräutigam sich dies verbitte, kommt es zu einer Schlägerei. Ein Gärtnerarbeiter, der die Partel des Angegriffenen nimmt, wird von den Studenten so verprügelt, daß er acht Tage in der Klinik liegen muß. Die Studenten erhalten 40 und 50 Mark Geldstrafe.

Im nächsten Fall wird gegen einen Arbeiter verhandelt, der auf der Straße einem Studenten Stockhiebe versetzt hat. Der Arbeiter erhält drei Monate Gefängnis.

Interessant ist auch die Gegenüberstellung der Bewertung folgender Straftaten:

Der Schuhmachergeselle Faber, Dresden, bezog Armenunterstützung, stand aber versehentlich noch in der Wählerliste. Infolgedessen übte er in Haupt- und Stidwahl bei den Reichstagswahlen 1912 das Wahrecht aus. Das Landgericht Dresden verurteilte ihn zu 5 Monaten Gefängnis und drei Jahren Ehrverlust. (April 1912.)

Zur gleichen Zeit spricht das Landgericht Würzburg einen Ingenieur frei, der für eine andere Person einen Stimmzettel abgegeben hatte, weil er sich der Redenswürdigkeit seines Tuns nicht bewußt gewesen sei.

Die deutschen Gewerbe- und Kaufmannsgerichte im Jahre 1912.

Dem Augustheft des »Reichsarbeitsblattes« war als Sonderbeilage die im Kaiserlichen Statistischen Amte (Abteilung für Arbeiterstatistik) bearbeitete Statistik der Tätigkeit der Gewerbe- und Kaufmannsgerichte im Jahre 1912 beigelegt. Sie gewährt einen beachtenswerten und lehrreichen Einblick in das Wirken dieser Institutionen, in denen die Arbeiter und Angestellten selbst paritätisch mit den Unternehmern unter der Leitung eines beamteten Vorsitzenden über Streitigkeiten und Klagen aus dem Lohn- und Arbeitsverhältnisse zu entscheiden haben. Daher sollen die wichtigsten Ergebnisse dieser Statistik hier mitgeteilt werden.

Am Schlusse des Jahres 1912 bestanden im Deutschen Reiche insgesamt 948 Gewerbegerichte. Davon waren 498 auf Grund des Gewerbegerichtsgesetzes errichtet; und zwar befanden sich darunter 9 mit Beschränkung der sachlichen Zuständigkeit auf Bergwerke, Salinen, Aufbereitungsanstalten und unterirdisch betriebene Brüche und Gruben und 1 mit Beschränkung auf andere bestimmte Arten von Gewerbe- und Fabrikbetrieben. Von der Gesamtzahl der Gewerbegerichte waren ferner 21 auf Grund der Landesgesetze zur Entscheidung gewerblicher Streitigkeiten berufen. Die übrigen 429 endlich waren Innungsschiedsgerichte, über deren Tätigkeit aber in der Statistik nähere Angaben nicht gemacht worden sind.

Die Geschäftsstatistik erstreckt sich also nur auf die 519 eigentlichen Gewerbegerichte. Die Zahl der Rechtsstreitigkeiten, die ihnen im Jahre 1912 vorlagen, betrug 120380; davon waren anhängig zwischen Arbeitern und Unternehmern auf Klage der Arbeiter 112403, auf Klage der Unternehmer 7604, während 373 zwischen Arbeitern untereinander anhängig waren. Von diesen Rechtsstreitigkeiten wurden 1912 115672 erledigt, während 4708 am Jahresluß noch unerledigt waren; die Erledigung erfolgte bei 48661 Sachen durch Vergleich, in 3427 Fällen durch Verzicht, in 1446 Fällen durch Anerkennung, in 12848 Fällen durch Versäumnisurteil, in 17858 Fällen durch andere Endurteile und in 31432 Fällen durch andere Umstände, über die leider keine näheren Angaben gemacht worden sind. Von den 17858 durch Endurteile erledigten Rechtsstreitigkeiten dauerte das Verfahren zur Verkündung des kontradiktorischen Endurteils in 4811 Fällen weniger

als eine Woche, in 5531 Fällen 1 bis (ausschl.) 2 Wochen, in 4935 Fällen 2 Wochen bis (ausschl.) 1 Monat, in 2264 Fällen 1 bis (ausschl.) 3 Monate und in 317 Fällen 3 Monate und länger. In 4807 Fällen wurde der Wert des Streitgegenstandes nicht festgestellt; bei den übrigen 115573 Rechtsstreitigkeiten betrug er bis zu 20 Mk. einschließlich in 51942 Fällen, mehr als 20 bis 50 Mk. in 37005 Fällen, mehr als 50 bis 100 Mk. in 18656 Fällen, mehr als 100 Mk. in 9971 Fällen. In 525 Rechtsstreitigkeiten wurde Berufung bei den ordentlichen Gerichten eingelegt.

Neben dieser rechtspredenden Tätigkeit wirkten die Gewerbegerichte auch in 299 Fällen als Einigungsämter in Streitigkeiten zwischen Unternehmern und Arbeitern, und zwar wurden sie in 142 Fällen von beiden Teilen, in 12 Fällen nur durch die Unternehmer und in 155 Fällen nur durch die Arbeiter angerufen. In 35 Fällen haben sich beide Teile, in 4 Fällen nur die Unternehmer und in 1 Falle nur die Arbeiter den von den Gewerbegerichten als Einigungsämtern gefällten Schiedssprüchen unterworfen, während letztere in 2 Fällen von keinem der beiden Teile anerkannt wurden. — Endlich haben die Gewerbegerichte noch 18 Gutachten abgegeben und 4 Anträge gestellt.

Die Zahl der Ende 1912 bestehenden Kaufmannsgerichte betrug 291; davon waren 250 bereits bestehenden Gewerbegerichten angegliedert. Von den 291 Kaufmannsgerichten waren 249 für einzelne Gemeinden (darunter 213 für Gemeinden mit mehr als 20000 Einwohnern), 27 für Bezirke mehrerer Gemeinden und 15 für die Bezirke mehrerer Kommunalverbände oder Teile von solchen zuständig.

Nach der Geschäftsstatistik über alle 291 Kaufmannsgerichte betrug die Zahl der Rechtsstreitigkeiten, die ihnen im Jahre 1912 vorlagen, 26648; davon waren anhängig gemacht zwischen Kaufleuten und ihren Handlungsgehilfen oder Lehrlingen auf Klage der Kaufleute 1883, auf Klage der Gehilfen oder Lehrlinge 24765. Von der Gesamtzahl der Rechtsstreitigkeiten wurden erledigt durch Vergleich 10610, durch Verzicht 280, durch Anerkennung 238, durch Zurücknahme der Klage 4568, durch Versäumnisurteil 2118, durch andere Endurteile 4615 und auf andere Weise 2621 Fälle; daß sind insgesamt 25050 erledigte Rechtsstreitigkeiten, denen 1598 Fälle gegenüber stehen, die 1912 noch unerledigt geblieben sind. Von den 4615 durch Endurteile erledigten Fällen dauerte das Verfahren bis zur Verkündung des kontradiktorischen Endurteils in 659 Fällen weniger als 1 Woche, in 1099 Fällen 1 bis 2 Wochen, in 1545 Fällen 2 Wochen bis 1 Monat, in 1100 Fällen 1 bis 3 Monate und in 212 Fällen 3 Monate und mehr. Von sämtlichen Rechtsstreitigkeiten betrafen 3087 den Antritt, die Fortsetzung oder die Auflösung des Dienst- oder Lehrverhältnisses und die Aushändigung oder den Inhalt des Zeugnisses, 16861 die Leistungen aus dem Dienst- oder Lehrverhältnisse, 578 die Rückgabe von Sicherheiten, Zeugnissen, Legitimationspapieren usw. 5832 Ansprüche auf Schadenersatz oder Zahlung einer Vertragsstrafe wegen Nichterfüllung oder nicht gehöriger Erfüllung von Verpflichtungen sowie wegen gesetzwidriger oder unrichtiger Eintragungen in Zeugnissen, Krankenkassenbücher oder Quittungskarten der Invalidenversicherung, 29 Berechnung oder Anrechnung der von den Gehilfen oder Lehrlingen zu leistenden Krankenversicherungsbeiträge und Eintrittsgelder und 261 Ansprüche aus einer Vereinbarung, durch welche der Gehilfe oder Lehrling für die Zeit nach Beendigung seines Lehrverhältnisses in seiner gewerblichen Tätigkeit beschränkt wird. Der Wert des Streitgegenstandes betrug in 1833 Fällen bis 20 Mk. einschließlich, in 3417 Fällen mehr als 20 bis 50 Mk., in 4960 Fällen mehr als 50 bis 100 Mk., in 9413 Fällen mehr als 100 bis 300 Mk. und in 5083 Fällen mehr als 300 Mk.; in 1942 Fällen war der Wert des Streitgegenstandes nicht festgestellt. In 532 Fällen wurde gegen Urteile des Kaufmannsgerichts Berufung eingelegt, die bei letzterem bekanntlich erst zulässig ist, wenn der Wert des Streitgegenstandes mehr als 300 Mk. beträgt, im Gegensatz zum Gewerbegericht, gegen dessen Urteile schon Berufung eingelegt werden kann, wenn der Wert des Streitgegenstandes 100 Mk. übersteigt.

Auch die Kaufmannsgerichte haben sich neben ihrer rechtspredenden Wirksamkeit als Einigungsämter betätigt, allerdings nur in 6 Fällen; 5 mal wurden sie von beiden Teilen, 1 mal von der Seite der Angestellten angerufen. In 3 Fällen führte die Anrufung zum Zustandekommen einer Vereinbarung; in den andern 3 Fällen kam weder eine Vereinbarung noch ein Schiedsspruch zustande. — Ferner haben die Kaufmannsgerichte 86 Gutachten abgegeben und 46 Anträge gestellt.

Leider enthält die Statistik keine Angaben über die Zahl der Fälle, in welchen das Urteil zu Gunsten der Arbeiter oder der Unternehmer ausfiel. Nichtsdestoweniger läßt sie erkennen, daß diese sehr schnell arbeitenden Sondergerichte, in denen das aus Unternehmern und Arbeitern oder Angestellten paritätisch zusammengesetzte Laienelement den Ausschlag gibt, sehr viel zur raschen und glatten Erledigung der Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnisse beitragen und in dieser Beziehung viel besser und segensreicher wirken als die ordentlichen Gerichte mit ihrem schleppenden Gange und ihrem weltfremden, dem praktischen Leben fernstehenden Berufungsverfahren.

Allgemeines.

Teil für die gemeinsamen Interessen aller Sparten des Berufs.

Rückblicke auf die Stuttgarter Tagung.

4. Zum graphischen Industrieverbande.

Obwohl in unserer Organisation Meinungsverschiedenheiten über die Notwendigkeit, den Zusammenschluß aller Verbände des graphischen Gewerbes zu einem Industrieverbande anzustreben, nicht mehr bestehen, hat die Stuttgarter Generalversammlung doch den Anträgen zugestimmt, diese Angelegenheit als besonderen Punkt der Tagesordnung zu behandeln und einen Referenten und einen Korreferenten für die einleitenden Ausführungen zu bestimmen. Tatsächlich hat sowohl das Referat als auch das Korreferat und die Debatte gezeigt, daß die Industrieverbandsfrage schon vor ihrer Behandlung in Stuttgart für unsere Organisation prinzipiell entschieden war. An dieser prinzipiellen Entscheidung wurde in Stuttgart nichts geändert. Alle zu diesem Punkte gehaltenen Reden bewegten sich vollständig im Rahmen der früheren Entschlüsse unseres Verbandes. Die Anhänger der Gründung eines graphischen Industrieverbandes ohne die Buchdrucker bildeten auch in Stuttgart eine schwache Minderheit. Die Stuttgarter Beratungen hatten infolgedessen nur den Zweck zu erfüllen, die Sache erneut in Fluß zu bringen und diesen Fluß soviel als möglich zu beschleunigen.

Kollegen Braßke-Hannover war das Referat übertragen worden; er führte etwa folgendes aus:

Wenn wir uns die Entwicklung der modernen Unternehmerorganisationen vergegenwärtigen, die sich immer mehr konzentrieren und dadurch ihre Macht steigern, so müssen auch die Arbeiter zu einem weiteren Ausbau ihrer Organisationen veranlaßt werden. Wenn sich die einzelnen Verbände nicht zu kraftvollen Gebilden zusammenschließen, wird man sie einzeln anzugreifen und niederzuringen versuchen. Die Gewerkschaften sind heute schon in die Defensive gedrängt. Das beweisen für unsern Verband auch die Forderungen der Unternehmer im Chemigraphiegewerbe auf Verlängerung der Arbeitszeit bei den letzten Tarifverhandlungen. Wir müssen also Formen finden, um dem vereinigten Unternehmertum auch in Zukunft gegenüberzutreten zu können. In erster Linie kommen für die Stärkung der Gewerkschaften die Zusammenschlüsse solcher Verbände in Frage, die in Beziehung auf den Beruf, dessen Interessen sie vertreten, miteinander verwandt sind. Diese Notwendigkeit wird auch durch Vorgänge in den letzten Kämpfen bewiesen, in denen die einzelnen Branchen direkt aufeinander angewiesen waren. Für unser Gewerbe bildet auch die technische Entwicklung einen kräftigen Fürsprecher für den Zusammenschluß; schon heute kann eine scharfe Grenze zwischen Stein- und Buchdrucker, zwischen Litho- und Chemigraph usw. kaum noch gezogen werden.

Die Frage des Industrieverbandes ist schon sehr oft bei uns angeregt und erörtert worden; aber der nötige Nachdruck fehlte und es blieb bei den Beschlüssen. Der graphische Industrieverband muß, wie in Hamburg beschlossen wurde, alle Branchen umfassen. Durch eine etwaige Verschmelzung der Buchbinder und der Druckereihilfsarbeiter mit uns würden die Buchdrucker auch nicht für die dringend notwendige Arbeitsgemeinschaft aller graphischen Branchen gewonnen sein. Unsere Aufgabe ist es, auch die Buchdrucker für den Zusammenschluß zu gewinnen. Die Hinderungsgründe, die der Vorsitzende des Buchdruckerverbandes auf unserer Hamburger Generalversammlung für seine Organisation geltend machte, die Beitragsfrage und die Vertragsverhältnisse bezw. die Stellung zu den Tarifgemeinschaften, dürften heute für die Ablehnung des Industrieverbandsgedankens nicht mehr stichhaltig sein. Die

Entwicklung im Buchdruckgewerbe, die Maßnahmen der Buchdruckunternehmer gegen die Gehilfen wegen die Hinderungsgründe vielfach auf. Der Streikfonds, den die Unternehmer im Buchdruckgewerbe einrichteten, zeigt am besten, wohin der Hase läuft. Alle diese Umstände müßten auch den Buchdruckern die Augen öffnen und sie für den Industrieverband gewinnen, der grade im Hinblick auf die Vorkommnisse im Lager der Buchdruckunternehmer auch im Interesse der Gehilfenschaft des Buchdruckgewerbes liegt. Sie werden ebenfalls in Zukunft den Zusammenschluß mit der übrigen graphischen Arbeiterschaft dringend brauchen.

Wenn die Beitragsunterschiede, die Verschiedenartigkeit der Unterstützungseinrichtungen und die Kassenverhältnisse einer vollständigen Verschmelzung noch entgegenstehen sollten, dann muß wenigstens eine feste Vereinigung in gewerkschaftlicher Beziehung herbeigeführt werden. Zu diesem Zwecke empfahlen die Hannoveraner den Zusammenschluß auf föderativer Grundlage mit einer gemeinsamen Kasse für die Gewerkschaftsarbeit und einer einheitlichen Zentraleitung für den gleichen Zweck. Das dürfte ein Weg sein, auf dem wir unser Ziel, die Position aller graphischen Verbände gegenüber dem Unternehmertum zu stärken, erreichen können. Auch ein derartiger Zusammenschluß wird sich nicht in 14 Tagen vollziehen, sondern es können noch mehrere Jahre bis zu seiner Verwirklichung vergehen.

Grade dieser Umstand führt die Redensarten ad absurdum, daß wir die Verschmelzung verlangen, weil wir uns stützen wollen auf die Kassen der Buchdrucker. In der Zeit bis zur Verschmelzung werden unsere eigenen Kassen wieder genügend gestärkt sein. Der erwähnte Vorwurf trifft uns also nicht. Wir propagieren den Zusammenschluß im Interesse der gesamten graphischen Arbeiterschaft einschließlich der Buchdrucker; er ist notwendig, wenn wir dem Unternehmertum stets kraftvoll gegenüberstehen wollen. Wir sollten ihn mit aller Entschiedenheit fördern, damit wir unser Ziel: die Schaffung eines kraftvollen, alle graphischen Arbeiter umfassenden Industrieverbandes, erreichen, bevor wir durch die Unternehmer zu diesem notwendigen Schritt gezwungen werden.

Kollege Bauknecht-Cöln, den die Generalversammlung zum Korreferenten bestimmt hatte, stellte sich, wie es gar nicht anders möglich war, prinzipiell mit dem Referenten auf einen Boden; er wandte sich aber gegen die mit Hochdruck betriebene Propagierung des Gedankens in der gegenwärtigen Zeit. Dieser Umstand, führte er aus, erweckt den Anschein, als sei der Gedanke des Zusammenschlusses, den wir alle vertreten, grade jetzt infolge des unbefriedigenden Verlaufs der Bewegung neu aufgelebt. Verschiedene Befürworter der Verschmelzung haben in Versammlungen usw. diese Auffassung genährt, indem sie den Industrieverband direkt als das A und O unserer weiteren Arbeit hingestellt haben. Dadurch wurde der Anschein erweckt: wir allein sind zu schwach, wir brauchen die Hilfe anderer Verbände, um wieder machtvoll zu werden, ohne Industrieverband sind wir ohnmächtig. Gegen diese Art der Propagierung müssen wir uns wenden. Sie löst ein Gefühl der Schwäche aus, das lähmend wirkt. Sie erzeugt einen Fatalismus, der durch nichts begründet ist. Sie untergräbt das Vertrauen zur Organisation und bewirkt dadurch das Gegenteil von dem, was sie bezweckte, denn sie führt nicht zu einer Stärkung, sondern zu einer Schwächung unserer Position. Wenn es dann nicht gelingt, den Gedanken, auf den man alle Hoffnungen setzte, zu verwirklichen, dann treten neue Enttäuschungen und Entmutigungen ein, die für die Organisation und für die Stellung der Gehilfenschaft gegenüber dem Unternehmertum von größtem Schaden sind. Wir haben aber gar keine Ursache, alle Hoffnungen auf den graphischen Industriever-

band zu setzen. Er kann ein Mittel sein zur Stärkung unserer Macht, aber er ist nicht das einzige Mittel. Gewiß, die Gewerkschaften haben immer größere Hindernisse zu überwinden; ihre Arbeit wird durch die Unternehmerverbände immer schwieriger. Aber selbst der alte Bueck hat bei seinem Abgange resigniert bekennen müssen, daß er die Meinung, die Gewerkschaften seien durch das Scharfmachertum zu überwinden, aufgegeben habe. Wir müssen uns das Vertrauen zur Organisation erhalten, wir müssen es stärken, dann wird sie tatsächlich unüberwindlich sein. Das hindert nicht, daß wir den Gedanken des Industrieverbandes entschieden weiter fördern. Aber wir wollen nicht seine Verwirklichung durch eine Propagierung anstreben, die Hoffnungen auf den Industrieverband setzen lehrt und, wenn diese Hoffnungen nicht in absehbarer Zeit verwirklicht werden, Desorganisation und Schwäche erzeugt. Die Hamburger Resolution kennzeichnet unsern Standpunkt zur Genüge. Es genügt, sie wieder zu erneuern.

In der Diskussion entwickelte der Vertreter der Buchdrucker (ein Hauptvorstandsvertreter war nicht entsandt worden) die Gründe, die seine Organisation veranlassen, die Frage der Schaffung eines Industrieverbandes vorerst noch als eine Frage zweiten Ranges zu behandeln. Seine Ausführungen bewegten sich im Rahmen der Erklärungen, die der Vorsitzende des Buchdruckerverbandes auf unserm Hamburger Verbandstage und auf der Danziger Generalversammlung seiner Organisation abgegeben hat; in Übereinstimmung mit letzterer betonte der Stuttgarter Vertreter auch, daß sich die Buchdrucker keiner aufgezungenen Liebe hingeben könnten. Er betonte aber, daß auch die Buchdrucker zur Stelle sein würden, sobald die Zeit für die Verschmelzung reif sei. Die Vorsitzende des Druckereihilfsarbeiterverbandes, Genossin Thiede, sowie der Vertreter des Buchbinderverbandes (für den ebenfalls kein Hauptvorstandsmitglied erschienen war) drückten ihre Sympathie mit dem Verschmelzungsgedanken aus, erklärten aber, daß auch für ihre Organisationen die Zeit zur Verwirklichung des Gedankens noch nicht gekommen sei, solange die Buchdrucker noch abseits stehen. Im übrigen bewegte sich die lebhafteste Diskussion nur in der Richtung des vollen Einverständnisses mit dem Gedanken des Zusammenschlusses.

Dieses Einverständnis kam auch in der fast einstimmigen Annahme der Resolution des Referenten zum Ausdruck, die sich dafür ausspricht, »daß mit dem Aufgebot aller Kräfte für einen Zusammenschluß der verschiedenen graphischen Verbände zu einem graphischen Bunde gewirkt wird.« Der Verbandstag beauftragte den Hauptvorstand, mit den übrigen Verbänden der graphischen Berufe eine Verständigung über den Zusammenschluß anzustreben, und besonders nach Absatz 2 der Hamburger Resolution die Vereinbarung bestimmter Normen für Lohnbewegungen zu fördern, solange der feste Zusammenschluß zu einem Industrieverbande noch nicht verwirklicht werden kann.

Welches Ergebnis die anzustrebende Konferenz der Vorstände der graphischen Verbände zeitigen wird, bleibt abzuwarten. Jedenfalls ist die Erreichung eines graphischen Bundes vorerst noch ein Zukunftsziel. Das muß für uns Veranlassung sein, ununterbrochen zu arbeiten an der Stärkung unserer eigenen Organisation und an der Erhöhung ihrer Widerstandskraft. Fort mit aller Kleinmütigkeit! Frischer Mut im Kampf für unsere Ziele, Begeisterung für unsere gute und gerechte Sache werden unsere Organisation, auch wenn sie noch lange wie bisher ganz auf eignen Füßen steht, unüberwindlich erhalten.

Druckfehlerberichtigung. Im dritten Teil dieser Artikelfolge muß es auf Seite 309, Spalte 1, Zeile 15 von unten (»Gr. Pr.« Nr. 38) statt »mit« heißen »seit«; auf Spalte 2, Zeile 37 von oben ist »anspruch« statt »ausspruch« zu lesen.

Ortsberichte.

Lahr. In der letzten Mitgliederversammlung erstattete unser Delegierter Kollege Link den Bericht von der Stuttgarter Generalversammlung. Der Bericht löste eine lebhaft diskutierte Diskussion aus. Es wurde der Beschluß gefaßt, das Resultat der Aussprache in der »Gr. Pr.« zu veröffentlichen. Die Versammlung verurteilt aufs schärfste, daß der Antrag auf Gehaltserhöhung nicht auch die übrigen Anträge den Mitgliedschaften vorher mitgeteilt worden ist; im übrigen hält sie den gegenwärtigen Zeitpunkt für völlig ungeeignet, eine solche Gehaltserhöhung eintreten zu lassen. Begrüßt wurde der Beschluß, den technischen Neuerungen im Gewerbe ein besonderes Augenmerk zu schenken und hierfür geeignete Einrichtungen zu treffen.

Niedersiedlitz. In der letzten Mitgliederversammlung erstattete Kollege Lorenz-Dresden den Bericht von der Generalversammlung. Der Bericht gab einen trefflichen Überblick über alle auf der Stuttgarter Tagung behandelten Fragen. Ganz besonderes Interesse erweckten die die technische Umwälzung betreffenden Ausführungen, die darin gipfelten, daß sich die Kollegen alle Neuerungen im Berufe aneignen sollen. In der folgenden Diskussion kam zum Ausdruck, daß in Stuttgart eine Reihe von willkommenen Neuerungen geschaffen wurden. Das Verhalten der Buchdrucker zu unseren Bestrebungen auf Gründung eines Industrieverbandes erregte Verwunderung. Einer Kritik über Presse und Redaktion folgte der Wunsch, die »Graph. Rundschau« obligatorisch bestehen zu lassen und sie noch weiter auszubauen.

Viessen. In der am 15. September abgehaltenen Monatsversammlung gab unser Gauleiter Kollege Bauknecht einen Bericht von der Stuttgarter Generalversammlung. Zunächst wies er kurz darauf hin, wie außerordentlich gut sich gerade Stuttgart als Kongreßstadt eigne. In längeren Ausführungen behandelte er dann das auf der Generalversammlung von Kollegen Herbst gehaltene Referat über die technischen Umwälzungen im graphischen Gewerbe. Dieses großzügige Referat habe gezeigt, wie nach und nach eine Umwälzung in unserm Gewerbe stattgefunden habe, die ihren Höhepunkt noch nicht erreicht und die für die Kollegschaft von größter Bedeutung sei. Das Drehen schöner Punkte, das früher der Stolz unserer Lithographenlehre war, sei veraltet. Die neueren Verfahren ermöglichen die Herstellung einer Arbeit in viel kürzerer Zeit als früher. An Stelle der Flachdruck- verschaft sind die Offsetmaschinen immer mehr Eingang, weil sie viel leistungsfähiger sind. Nicht zuletzt sei diese Umwälzung im Gewerbe Schuld am Mitgliederrückgang, denn viele Kollegen hätten dadurch dem Beruf den Rücken kehren müssen. Der Redner schilderte dann kurz die einzelnen Änderungen, die an unserm Statut vorgenommen worden sind, kam auf die Beschlüsse zur Lehrlingsabteilung zu sprechen und legte dann die Beweggründe dar, die die Generalversammlung veranlaßten, im Hauptvorstande mehr Kräfte anzustellen. Nachdem sich die Versammelten mit den Beschlüssen der Generalversammlung voll und ganz einverstanden erklärt hatten, wurde die gutbesuchte Versammlung geschlossen.

Der Steindruck.

Teil für die int. essen der Stein-, Zink- Aluminium- und Notendrucker.

Brief aus München.

»Die Bourgeoisie, wo sie zur Herrschaft gekommen hat, alle feudalen, patriarchalischen, idyllischen Verhältnisse zerstört. Sie hat die heiligen Schauer der frommen Schwärmerlei, der ritterlichen Begeisterung, der speibürgerlichen Wehmut in dem eiskalten Wasser egoistischer Berechnung ertränkt. Sie hat, mit einem Wort, an die Stelle der mit religiösen und politischen Illusionen verhüllten Ausbeutung die offene, unverschämte, direkte, dürre Ausbeutung gesetzt.«

Die Heiligenbilderfabrik Josef Müller in München ist es merkwürdigerweise, die Veranlassung gibt, diese Worte des »Kommunistischen Manifestes« zu zitieren. Wir sagen merkwürdigerweise, denn genau genommen müßte sich eine Firma, die ihre Existenz der möglichst großen Frömmigkeit der lieben Mitmenschen verdankt und die durch ihre Produkte die christlichen Grundsätze verbreiten hilft, doch einen Teil dieser Grundsätze zu eigen machen, als deren höchster wohl das Gebot gilt: »Liebe deinen Nächsten wie dich selbst.« Der Nächste des Kapitalisten ist und bleibt aber immer das liebe Ich. Wer dies erkannte, wird deshalb alle Taten der Unternehmer stets nach diesem Gedankengang bewerten. Er wird nie klagen darüber, daß dem so ist, sondern klar und deutlich steht bei ihm fest: Die den Kapitalismus beherrschenden Grundsätze sind mit ihm verwachsen und können nur mit ihm beseitigt werden!

Die Firma Müller beabsichtigte, zwei Steindruckmaschinen in Buchdruck umzubauen. Lange bevor sie es offiziell mitgeteilt erhielten, bekamen unsere Kollegen Kenntnis davon. Der damit bedingte

Wechsel im Personal veranlaßte einige unverheiratete Kollegen, in einer Geschäftsversammlung zu erklären, sie würden Platz machen, wenn es soweit komme. Das war ein schöner Akt von Solidarität, wofür die Firma natürlich kein Verständnis hat. Als dann eines Tages der Monteur der Maschinenfabrik seine Maße für die Fundamente nahm, erklärte im Einverständnis mit dem Chef Herr Faktor Friedrich unserm Kollegen G., er würde gut tun, sich nach einer andern Stellung umzusehen. In 4-6 Wochen könne der Umbau der Maschinen zur Tatsache werden. G. war bald in der Lage, in einem andern Betriebe unterzukommen. Davon erfuhr der Betriebsleiter Herr Brandstädter, der ihm Vorhaltungen machte, weshalb er denn weggehen wolle. Als G. es ihm sagte, meinte er, das, was Herr Friedrich gesagt habe, sei nicht richtig, denn es werde nur eine Maschine umgebaut und diese nur zeitweise; Entlassungen würden nicht vorgenommen. Der Steindruckmaschinenmeister würde solange in der Umdruckerlei beschäftigt werden. Diese Äußerungen veranlaßten unsern Kollegen G., seine Kündigung nicht einzureichen. Ausdrücklich betonte er aber, wenn doch Entlassungen vorgenommen würden, werde er es vorziehen, zu gehen, damit nicht ein verheirateter Kollege davon betroffen werde. Das war am 15. Juli. Schon am 14. August galt das, was der Betriebsleiter 4 Wochen vorher erklärt hatte, nicht mehr. Da erhielt grade der verheiratete Kollege H. seine Kündigung, die mit der Vergrößerung der Buchdruckabteilung begründet wurde. Die Aufregung unter den Kollegen läßt sich denken, nicht wegen der Kündigung als solcher, sondern wegen der damit verknüpften Umstände, die wir schilderten.

Bei Unterredung mit dem Vertrauensmann, die auf eine Geschäftsversammlung folgte, stellte sich Herr Brandstädter auf den Herrenstandpunkt und erklärte: »Ich werde mir doch nicht meine Dispositionen umstoßen lassen! Die Dispositionen! Das ist wohl der springende Punkt, nicht wahr Herr Brandstädter? Darauf entspann sich ein Briefwechsel zwischen der Firma und der Verwaltung unser Filiale München. Wir rehten in dem ersten Schreiben die Widersprüche aneinander und ersuchten um Aufschluß. Dieser war denn von ganz besonderer Art. Die Firma schrieb, daß es dem Unterzeichneten (Brandstädter) bei seiner Besprechung mit Herrn G. noch nicht bekannt war, daß die Umarbeitung der Steindruckmaschinen in so kurzer Zeit erfolgen sollte, vielmehr war selbige erst für einige Monate später in Aussicht genommen. Erst in den letzten Tagen trat die Notwendigkeit einer sofortigen Umarbeitung an mich heran...« Die Botschaft höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube. Das wäre doch ein allzu hübsches Bild von »Ordnung«, wenn einmal der Faktor im Einverständnis mit dem Chef so redet, dann der Betriebsleiter das Gegenteil und die Tatsachen wieder des Gegenteil von Gegenteil sind. Aber wie ist es denn mit der Bemerkung, daß niemand entlassen werde? Darauf ist Herr Brandstädter trotz unseres wiederholten Hinweises bis heute noch nicht eingegangen. In der Antwort auf unser zweites Schreiben mußte eine Wortwendung — wir schreiben »aufgefordert« an Stelle von »nahegelegt« — erhalten, um den Versuch zu machen, die ganze Sache aus der Welt zu schaffen. Es hieß in dieser Antwort: »G. hat auf Befragen erklärt, daß Herr Friedrich ihn nicht aufgefordert habe...« Denn: »Herr Friedrich konnte auch eine derartige Aussage nicht getan haben, da ihm ja nicht bekannt war, wann die Maschinen umgearbeitet werden sollten...« Das ist reizend! Warum schreibt Herr Brandstädter nicht, daß G. zugleich gesagt hat, der Faktor habe es ihm nur nahegelegt, also daß er doch etwas gesagt hat? Das heißt man: sich festrennen, Herr Brandstädter!

Wir halten fest: Herr Friedrich hat tatsächlich unsern Kollegen G. auf den bevorstehenden Umbau der Maschinen aufmerksam gemacht. Er hat ihm nahegelegt, sich nach einer Stellung umzusehen und sprach dabei von einer Zeit von 4 bis 6 Wochen. Herr Brandstädter hat erklärt: das, was Herr Friedrich sagte, sei nicht richtig; entlassen werde niemand. Der Zeitpunkt sei ihm unbekannt gewesen. Und warum? Weil Sie, Herr Brandstädter, sich Ihre Dispositionen nicht umstoßen lassen wollten! Jeder kann sich seinen Vers selbst darauf machen.

Die photomech. Fächer.
Teil für die Interessen der Chemigraphen Reproduktions-Photographen, Lichtdrucker Kupferstecher und -Drucker.

Aus der Statistik der Zentralkommission der Chemigraphen und Kupferdrucker.
2. Reine und gemischte Betriebe.
Die Färbereien und gemischten Betriebe hat in unserm Berufe schon immer eine Rolle gespielt, so in der Konvention, bei der Gültigkeit von Arbeitsordnungen des ganzen Betriebes auch für Chemigraphen usw. Auch aus mancherlei anderen Gründen wurde unsererseits stets der Unterschied zwischen reinen und gemischten Betrieben bei der

Beurteilung der Tarifgemeinschaft sowohl als der allgemeinen Lage mit in Rechnung gestellt. In neuester Zeit fand nun dieser Unterschied einen besonderen Ausdruck in dem Unternehmerrang, die Arbeitszeit der Chemigraphen auf 50 Stunden zu verlängern. Dem Antrag war eine sehr wenig stichhaltige Begründung beigegeben, aus der jedoch immerhin das Eine hervorgeht, wie unangenehm gerade in den gemischten Betrieben die 8stündige Arbeitszeit der Chemigraphen von den betroffenen Prinzipalen empfunden wird. Es wird in der Begründung ganz offen ausgedrückt, daß die 8stündige Arbeitszeit unserer Brande die »Begehrlichkeit« der anderen in den gemischten Betrieben befindlichen Arbeitergruppen reizt. Diese Begründung hätte man allerdings nicht von sozialpolitisch entgegenkommenden Unternehmern erwarten sollen. Anscheinend macht sich aber hier bereits ein Einfluß von außen geltend. Der Bund der chemigraphischen Anstalten steht bekanntlich nicht mehr, wie bei den früheren Tarifverhandlungen, allein in der Welt, sondern er lehnt sich an eine zentrale Organisation von Unternehmerverbänden, den Bund der Industriellen an. Von allen Industriellenverbänden werden aber gerade den Forderungen auf Verkürzung der Arbeitszeit die größten Widerstände entgegengesetzt. Warum sollte man da nicht auch versuchen, da, wo kürzere Arbeitszeiten bestehen, diese zu verlängern. So ganz nebensächlich war also der gestellte Antrag auf 50stündige Arbeitszeit wohl doch nicht. Viel eher ist es möglich, daß die Unternehmer aus den heißen Kämpfen um den Spartenminilohnhonorar den Ernst der Situation erkannten und darum bei der Arbeitszeit ein Loch zurückstießen. Denn um diesen Antrag wäre es ohne weiteres von unserer Seite zur Ablehnung des ganzen Tarifes gekommen. Von einem Bestehen vor der Öffentlichkeit hätte dann noch weniger die Rede sein können.

Richtig an der Begründung zur Arbeitszeitverkürzung ist nun, daß der größere Teil des Bundes der chemigraphischen Anstalten aus gemischten Betrieben besteht, was nach unserer Ansicht natürlich eine Berechtigung des Antrages nicht einschließt. Die Statistik umfaßt 51 tariffreie rein chemigraphische Betriebe mit 1084 beschäftigten Gehilfen. Zu den reinen Betrieben sind die gezählt, die außer Chemigraphie noch Kupferdruck haben, oder vielleicht 1-2 Holzschneller, Galvanoplastiker, Zeichner beschäftigten. Ferner einige größere chemigraphische Anstalten mit 1 oder 2 Tiegeldruckpressen. Außer in Kreis I, wo sich die Zahl der reinen und gemischten Betriebe die Wage hält, jedoch in den reinen Betrieben die größere Zahl der Gehilfen steht, überwiegen in den anderen Kreisen die gemischten Betriebe die reinen in der absoluten Zahl und auch in der Zahl der dort beschäftigten Gehilfen. Es gibt in:

Kreisl	Rein chemigraph. Betriebe		Gemischte Betriebe	
	Firmen	Gehilfen	Firmen	Gehilfen
I	19	437	19	274
II	13	218	28	514
III	6	198	10	201
IV	10	143	15	250
V	3	88	19	190

Am krassen tritt der Unterschied in den Kreisen II und V hervor. Weniger Bedeutung hat er allerdings im Kreis V, da hier hauptsächlich kleinere xylographische Anstalten in Frage kommen. Dem denkenden Kollegen wird aber im Kreise II manches klar werden, was bisher als ein gewisser Vorwurf gegolten hat.

Etwa die Hälfte der gemischten Betriebe sind Buchdruckerbetriebe, in denen auch wieder ungefähr die Hälfte der in gemischten Betrieben überhaupt arbeitenden Kollegen zu finden sind. Da jedoch ein großer Teil der Buchdruckfirmen mit chemigraphischer Abteilung auch andere graphische Gewerbe betreibt, würde eine genaue Gliederung zu weit führen. Unter »Buchdruck und andere graphische Gewerbe« sind daher auch 34 Firmen mitgerechnet, die Chemigraphie, Buchdruck und teilweise Abteilungen in Lithographie und Steindruck, Lichtdruck, Schriftgießerei, Galvanoplastik, Prägelerei, Buchbinderlei, Stempelschnellerlei, Stereotypie und Kartographie haben. Außerdem rechnen dazu eine Maschinenfabrik und ein Tuchversandgeschäft mit Hausdruckereien etc. Insgesamt arbeiten 861 Chemigraphen in 45 Firmen für Buchdruck und andere graphische Gewerbe. Davon entfallen allein auf Kreis II 21 Firmen mit 409 Gehilfen, ihm folgt Kreis I mit 11 Firmen und 212 Gehilfen, Kreis III mit 6 Firmen und 165 Gehilfen, Kreis V mit 5 Firmen und 52 Gehilfen und Kreis IV mit 2 Firmen und 23 Gehilfen. Gravier-Anstalten mit Chemigraphie befinden sich 3 mit 46 Gehilfen im Kreis III und 1 mit 4 Gehilfen im Kreis I. Lichtdruck, Lithographie und Steindruck und Chemigraphie haben in Kreis IV 3 Firmen mit 97, und in den Kreisen I, II und III je 1 Firma mit 25 bzw. 32 und 19 Chemigraphengehilfen. In Kreis IV arbeiteten 27 Kollegen in 1 Firma und in Kreis V 21 Kollegen in 2 Firmen, deren Hauptbetriebe Schriftgießerei und Galvanoplastik sind. Fabrik photographischer Erzeugnisse und Lichtpausanstalt sind in Kreis III 2 Firmen mit 6 Kollegen. Außer chemigraphischen Produkten stellen Holzschnitte und Zeichnungen her in Kreis V 12 Firmen mit 117, Kreis IV 9 Firmen mit 103, Kreis I 6 Firmen mit 23, Kreis II 3 Firmen mit 27 und Kreis III 1 Firma mit 11 Chemigraphen.

Von den *tarifuntreuen* Firmen haben 37 mit 180 Gehilfen einen reinen und 28 mit 206 Gehilfen einen gemischten Betrieb. Auf die Kreise verteilen sie sich folgendermaßen:

Kreis	Rein chemigraph. Betriebe		Gemischte Betriebe	
	Firmen	Gehilfen	Firmen	Gehilfen
I	13	106	10	70
II	10	35	11	108
III	2	2	3	5
IV	2	11	8	23
V	3	12	3	11

Eine Teilung der gemischten tarifuntreuen Firmen nach dem bei den tarifreuen angewandten Schema ergibt nun, daß 110 Gehilfen in 18 Betrieben mit Buchdruck und anderen graphischen Gewerben arbeiten und zwar in Kreis I 45 Gehilfen in 9, Kreis II 57 Gehilfen in 5, Kreis III 2 Gehilfen in 2 Firmen, und in Kreis IV und V in je einer Firma 4 bzw. 2 Gehilfen. In Kreis II beschäftigt eine Gravieranstalt 14 Chemigraphen in der entsprechenden Abteilung. In 5 Firmen mit Lithographie und Steindruck sind 41 Chemigraphen tätig; in Kreis II in 4 Firmen 34 und Kreis IV in 1 Firma 7 Gehilfen. Es verblieben dann noch 3 xylographische Anstalten mit Chemigraphen in den Kreisen I, II und V mit 25, 3 und 4 und in Kreis V außerdem die Kanonenfirma Krupp mit 9 beschäftigten Chemigraphengehilfen.

Gegen die Tarifgemeinschaft mit Preiskonvention wurde vielfach der Vorwurf erhoben, gerade die Konvention halte viele Unternehmer ab, tarifreu zu werden. Die »Macher« der Konvention auf Prinzipalseite hätten gemischte Betriebe, vorwiegend Buchdruckereien, für diese käme die Konvention nicht in Frage, da sie beim Druck die Klischeepreise mit verrechneten. Mit der festgestellten Tatsache, daß allein 18 Buchdruckereien mit chemigraphischer Abteilung unserer Tarifgemeinschaft nicht angehören, kommt diese Behauptung stark ins Wanken. Im übrigen wird die nächste Zeit lehren, was sonst noch davon aufrecht erhalten bleiben kann. *gdt.*

Zum Tarif.

Kein Berichterstatter, kein Mitarbeiter der »Graphischen Presse«, kein Beamter oder Vertreter unserer Organisation schreibt diese Zeilen, sondern ein simpler, älterer Provinzkollege erlaubt sich, auch einmal seine Meinung zum neuen Tarif zum besten zu geben, nachdem unsere Vertreter lang und breit versucht haben, uns die neuen Abmachungen als Höchstverträgliches zu präsentieren.

Wie ein Blitz aus heltem Himmel wurde Deutschlands Chemigraphen und Kupferdruckern über Nacht der neue Tarif beschert. Schon die vorhergehenden Chemigraphen-Konferenzen verdienen eine scharfe Kritik; wurden doch die Gehilfenvertreter zu den Konferenzen nicht von der Allgemeinheit gewählt, sondern es sind lediglich nur Kollegen der größten Zahlstellen gerufen worden und alle anderen Provinzzahlstellen wurden vollständig ignoriert. Ob das Geld der Kollegen in der Provinz von Blech ist, weiß ich nicht, aber jedenfalls hat sich unsere Verwaltung das Motto gesetzt: »Zahlen und Maul halten«, nur fragt es sich, ob die Kollegen mitmachen.

Schon nach dem Einlaufen der definitiven Anträge zur Tarifrevision konnte man sich eines Staunens nicht erwehren, wo die vielen Anträge geblieben waren, die von den Gehilfen der verschiedenen Orte gestellt worden sind. Mandanten mitarbeitenden Kollegen ist beim Lesen dieser definitiven Anträge Lust und Interesse zur weiteren Arbeit vergangen.

Nun zum Tarif selbst! In seiner Gesamtheit stellt er ein nicht erfreuliches Kapitel in unserer Bewegung dar. Nach 10jähriger Tarifperiode konnten wir nicht einmal das Letztgerungene, nämlich den alten Tarif in seiner bisherigen Fassung, halten, trotz der berühmten 95,1 prozentigen Organisation.

Der Hauptgrund zur Annahme soll nun die Angst vor einer tariflosen Zeit gewesen sein. Da muß man sich unwillkürlich fragen, ob der neue Tarif nicht einer tariflosen Zeit fast gleichkommt. Der Organisationszwang ist aufgehoben, der Tarif wurde von Allgemeinheit zu Allgemeinheit abgeschlossen; somit ist den Gehilfen, noch mehr aber den Prinzipalen Tür und Tor zur Tarifuntreue geöffnet worden. Die Folgen dieser Abmachung lassen sich momentan garnicht übersehen. Wenn auch die älteren Kollegen treu zur Fahne halten, so können die jüngeren doch erst durch eine gute Organisation zur Gewerkschaft erzogen werden; auch die Lehrlinge werden noch weniger für den Verband zu haben sein. Als fernerer Grund zum Abschluß käme schließlich noch der finanzielle Punkt in Frage. Doch auch dieser erscheint mir nicht stichhaltig genug. Erstens sind wir Chemigraphen nur einige tausend Mann in der großen Organisation, und es wäre traurig, wenn uns die Lithographen- und Steindruckerkollegen nicht auch einmal über Wasser halten könnten bei einem Kampfe, um unsere früheren Errungenschaften zu halten. Wir Chemigraphen sind allerdings nur ein Anhängsel im Verbandsverband, aber trotzdem haben wir immer freudig gezahlt, auch Extrasteuern, aus Solidarität

natürlich. Diese Solidarität würden sicher auch die Lithographen und Steindrucke bei einem eventuellen Kampfe gezeigt haben, denn auch für sie wird unser Tarifabschluß Rückwirkungen bei kommenden Verhandlungen haben. So haben wir also bezahlt und gezahlt, mancher viele Jahre — und nun? Um diese großartigen Verschlechterungen zu erreichen bedarf es doch wahrlich keiner Organisation.

Das schönste ist ja nun die Staffellung der Löhne. Man kann sie betrachten wie man will, objektiv oder nicht, sie ist und bleibt ein Rückschritt, ein Herunterdrücken der Arbeitslöhne. Die Prinzipale werden nur noch unseren Arbeitsnachweis benutzen, um teure Kräfte für billige auszutauschen, und die Gehilfen werden sich bestens bedanken für einen derartigen Zwang. Wenn sich auch Lohn und Leistung in den wenigsten Fällen ausgleichen, so wird sich doch die große Mehrzahl fortwährend verschlechtern müssen, der Not gehorchend, um nicht zu verhungern. Jeder Gehilfe wird also jetzt selbsteignen Wege gehen, die Lohndrückerei kommt an die Tagesordnung, genau so wie in einer tariflosen Zeit oder noch schlimmer.

Auf alles übrige hier genau einzugehen, würde zu weit führen. Aber kurz erwähnen möchte ich noch folgendes: In dem Beschlußprotokoll heißt es wörtlich: »Beschlüssen wird, über die Verhandlungen lediglich ein Beschlußprotokoll zu veröffentlichen, während das stenographische Protokoll nicht veröffentlicht wird; auch die Referenten sollen sich möglichst reserviert halten.« Warum diese Geheimniskrämerei? Schämt man sich, die genauen Verhandlungen preiszugeben? Mander Kollege möchte gern mehr wissen.

Noch eine Frage: Sind wir schon nicht selbständig genug, unsern Tarif ohne Buchdruckerkommentar abzuschließen? Muß letzterer bei jeder Gelegenheit herbeigeholt werden? Muß das, was die Buchdrucker für gut befinden, für uns maßgebend sein? Ich glaube nicht! Sollen wir ruhig mit unserem Tarif an der Spitze der Gewerkschaften marschieren, so ist noch lange kein Grund vorhanden, Errungenes aufzugeben, weil es andere noch nicht erreicht haben.

In Summa: Der Abschluß ist ein vollständiges Fiasko und unseren Vertretern ist das Recht abzusprechen, solche Abmachungen zu akzeptieren, ohne nochmals vorher Rücksprache mit der Gesamtkollegenschaft genommen zu haben. Denn schließlich sind doch die Vertreter für uns da und nicht wir für sie. Auch eine Generalversammlung kann nicht einer einzelnen Sparte einen Tarif aufzwingen, wenn die Kollegen nicht wollen. Zu begrüßen sind die vielen Proteste aus den Zahlstellen, an der Spitze Berlin. Geradezu ironisch wirkt der Schluß des Berichts über die Tarifverhandlungen in Nr. 35 der »Gr. Pr.« von R. K. wo geschrieben steht: »Ein jeder muß eifrig mitarbeiten, um der Tarifgemeinschaft neues Leben einzuhauchen. Und wenn sich jeder Kollege dieser Aufgabe und dieser Pflicht bewußt ist, wird uns auch der neue Tarif in Zukunft ein Stück auf unserer Bahn vorwärts bringen.« Ob das der Kollege R. K. selber glaubt? ... *K. M.*

Aus den Sektionen.

Berlin (Chemigr.). In unserer Septemberversammlung erstattete Kollege Hehr Bericht von der Chemigraphenkonferenz in Stuttgart. Er führte aus, daß in allen auf der Konferenz vertretenen Orten der neue Tarif den Unwillen der Mitglieder erregte. Überall habe man beschlossen, den Verschlechterungen entgegenzuarbeiten. Die Aufnahme des Tiefdrucks in den Tarif wurde auf der Konferenz von den daran teilnehmenden Lichtdruckern heftig bekämpft. Man habe ihnen entgegnet, daß man es für zeitgemäß hielt, das Verfahren in den Tarif zu bringen, damit es den Verbandsmitgliedern zugute käme. Das Resultat der Debatte war dann ein Antrag an die Generalversammlung, eine Kommission aus allen Berufssparten zu bilden, die sich mit den neuen Verfahren und den Anträgen dazu beschäftigen sollte. Diese Kommission stellte dann fest, daß der Tarif rechtskräftig abgeschlossen sei, empfahl aber eine Resolution, in der ausgesprochen wurde, daß in Zukunft bei Tarifabschlüssen vorher eine Verständigung unter den in Frage kommenden Branchen herbeigeführt werden müsse. Die Generalversammlung nahm den Entscheid der Kommission sowie die Resolution an. Die Tariffrage ist nun durch die Ereignisse der letzten Wochen wieder aufgrollt worden. In Berlin und in mehreren Zahlstellen haben wieder Versammlungen stattgefunden, die den Tarifabschluß scharf verurteilten. Um nun unter den Kollegen wieder eine Übereinstimmung zu erzielen, hat der Hauptvorstand beschlossen, eine neue Chemigraphenkonferenz einzuberufen, die sich mit der Taktik dem neuen Tarif gegenüber beschäftigen soll. Auch die Zentralkommission empfiehlt diesen Weg. Die Konferenz wird wohl die Mittel finden, um einer Zersplitterung der Organisation in der Tariffrage vorzubeugen. — In der Diskussion wurde der neue Tarif nochmals scharf kritisiert. Besondere Mißstimmung erregten die Spartenminimallöhne und der Zwangsparagraph über den Arbeitsnachweis. Den Minimallöhnen wurde die Gehaltserhöhung der Verbandsangestellten gegenübergestellt. Kollege Sillier trat der Auffassung, daß der Tarifabschluß wegen schlechter Vermögensverhältnisse erfolgte, entgegen. Als bedauerlich bezeichnete er es, daß

sich bei der Tariffrage die Angriffe hauptsächlich gegen einige Personen richteten. An dem Abschluß haben 12 Kollegen mitgewirkt, die stets in engster Verbindung mit den verhandelnden Kollegen standen. In der lange ausgedehnten Debatte wurde allgemein der Wunsch ausgesprochen, dem neuen Tarif mit seinen Verschlechterungen energisch die Stirn zu bieten; man glaubt, daß die Konferenz auch das Richtige finden wird, um wieder in geregelte Bahnen zu kommen. Als Ort der Zusammenkunft wurde Leipzig und als Termin der 28. September bestimmt. Als Delegierte wurden die Kollegen Gragen, Fischer, G. Foerster, Michels und Weykopf gewählt. Nachdem noch die Wahl der Beisitzer zum Hauptvorstande vertagt worden war, wurde die von 540 Kollegen besuchte Versammlung geschlossen.

Berlin (Lichtdr.). Am 18. September fand eine Mitgliederversammlung der Berliner Lichtdruckerfiliale statt, die recht gut besucht war; galt es doch, Stellung zu nehmen gegen den Plan unserer Herren Scharfmacher im Lichtdruckgewerbe, die so wie so immer schlechter gewordenen Lohnverhältnisse einer gründlichen »Revision« zu unterziehen, jedenfalls um die Schäden der Schleuderei auf den Arbeitnehmer abzuwälzen. So ist es speziell die Firma Stern & Schiele, die für wenig Lohn einen recht großen Berg Qualitätsarbeit geleistet haben möchte, natürlich bei »bester« Behandlung der Angestellten! Letzteres verdient besonders festgehalten zu werden. Einigen Kollegen, die noch einen angemessenen, keineswegs zu hohen Lohn haben, wurde bereits angedeutet, daß sie sich auf eine gehörige Reduzierung ihres jetzigen Lohnes gefaßt machen sollten. Man stellte zugleich für etwaige Neueinstellungen Lohnsätze auf, die auch nicht entfernt als eine genügende Bezahlung der sich immer mehr steigenden Arbeitsleistung anzusehen sind. Erschwerend fallen natürlich die allgemeinen schlechten Wirtschaftsverhältnisse, unter denen besonders die Arbeiter zu leiden haben, ins Gewicht. Aber von solchen Tatsachen lassen sich nun einmal unsere Herren Prinzipale nicht leiten, diese existieren für sie nicht. Die Hauptsache ist für sie, so billig als möglich zu produzieren, um durch neue Preisunterbietungen die anderen ihrer Herren »Kollegen« zu schlagen. Es ist dann freilich ein schönes Schauspiel, gelegentlich zu hören, wie einer über den andern dieser Herren herzleht. Nach einer recht lebhaften Debatte, in der auch andere Firmen durchaus nicht zu kurz kamen, wurde die Verwaltung beauftragt, bei der Zentralkommission dahin zu wirken, daß diese sich eingehend mit der Sache beschäftigt, um die Kollegen aller Druckorte über die Vorgänge zu unterrichten und Maßnahmen zu treffen, die geeignet sind, die sauberen Absichten der Unternehmer zu verhindern. — In der gleichen Versammlung wurde auch der neuabgeschlossene Chemigraphentarif nochmals einer scharfen Kritik unterzogen, da verschiedene »Schönheiten« infolge der mangelhaften Berichterstattung in der »Gr. Pr.« erst später bekannt wurden. Als besonders interessierte Berufsgruppe konnte man einfach nicht verstehen, wie es möglich war — entgegen allen Abmachungen und ohne die in Frage kommenden Kollegen vorher gehört zu haben — diese in einen Tarif einzuschließen, der die bestehenden Berufsverhältnisse und die gerechten Wünsche der im Tiefdruck Beschäftigten überhaupt nicht berücksichtigt. Die Versammlung sprach ihren Unwillen aus über die Tarifunterhändler einschließlich des Vertreters des Hauptvorstandes, Kollegen Sillier. Sie erwartet von den erneuten Verhandlungen eine Korrektur des Tarifes, der jetzt nur auf die Interessen der Unternehmer zugeschnitten ist. Nach Erledigung einiger örtlicher Angelegenheiten wurde die Versammlung geschlossen.

Berlin (Tiefdr.). Am 11. September fand eine sehr gut besuchte Versammlung aller im Tiefdruck beschäftigten Kollegen Berlins statt, in der der Bericht von der Generalversammlung erstattet wurde. Darin nahm naturgemäß der Abschluß des neuen Chemigraphentarifs mit Einbeziehung der Tiefdruckbranche einen breiten Raum ein. Die Diskussion war äußerst lebhaft. Alle Redner sprachen sich entschieden gegen das Verfahren der Tarifunterhändler aus, die es fertig brachten, einen Tarif abzuschließen, nicht nur ohne die Kollegen gehört zu haben, sondern auch direkt gegen den Willen der Tiefdrucker. Noch empörender wurde die Qualität des Tarifes empfunden. Durch das Fehlen jeder statistischen Unterlage wurden die in Frage kommenden Berufsverhältnisse durchaus falsch beurteilt und somit gar nicht berücksichtigt. Wiederholt wurde dem Bedauern Ausdruck gegeben, daß es nicht möglich ist, den Tarifvertrag als ungültig zu erklären. Nach längerer Debatte fand folgende Resolution Annahme: »Die Versammlung der im Tiefdruck Beschäftigten Berlins bedauert, daß durch den Abschluß des Chemigraphentarifs die Durchführung eines selbständigen Tarifes für die Tiefdruckbranche unmöglich geworden ist. Sie erwartet durch die neuen Verhandlungen eine Berücksichtigung ihrer gerechten Wünsche.« Nach der Wahl der von der Generalversammlung beschlossenen Zentralkommission für die Tiefdruckbranche und nach Erledigung verschiedener Anfragen fand die Versammlung ihr Ende.

Franfurt a. M. (Offenbach (Chemigr.)). In unserer Monatsversammlung im August referierte Kollege Hehr über den Abschluß des neuen Tarifes; die Kollegen behielten sich aber ihre Meinung bis zur näheren Bekanntgabe vor. In unserer letzten

Versammlung erfolgte nun unsere Stellungnahme zum neuen Tarif. Kollege Hensel referierte ausführlich und sachlich über den Tarifabschluß. In der Debatte wurden die beiderseitig gestellten Anträge sowie die festgelegten Bestimmungen eingehend durchberaten mit dem Ergebnis, daß sich die Kollegen in ganz scharfer Weise gegen den Abschluß des Tarifes und das Verhalten unserer Vertreter wandten, die ganz entgegen den von allen Mitglieðschaften, sowie auf der Jenaer und Berliner Chemigrphenkonferenz gefaßten Beschlüssen gehandelt haben. Unter keinen Umständen dürfen sie einem Tarif ihre Zustimmung geben, der weit von den Forderungen der Gehilfenschaft abweicht, der durch Einführung des Lohnstaffeltarifs und der Bestimmung, bei Vermittlung zu dem Minimallohn anzufangen, ein Sinken der Löhne, namentlich der älteren Kollegen zur Folge haben muß und wird, und der jedes sozialen Entgegenkommens und jeder gerechten Grundlage entbehrt. Die Hebung des Berufes durch den Tarif verlange auch notwendigerweise eine Hebung der daran Beteiligten. Daß diese Notwendigkeit gegenüber den Gehilfen nicht berücksichtigt worden ist, zeigen uns die eingebrachten Prinzipalansträge und der Verlauf der Tarifverhandlungen mit aller Deutlichkeit. Wenn auch voraus zu sehen war, daß in allen beiderseitig gestellten Anträgen keine Einigung zu erzielen war, so hätte man doch erwarten dürfen, daß den sozialen Forderungen der heutigen Zeit, die wirklich nicht als übertrieben angesehen werden können, der Ferienfrage und Teuerungszulage, von den Prinzipalen mehr Entgegenkommen gezeigt werden würde; man dürfte sie nicht einfach mit Versprechungen des Prinzipalvorsitzenden, dessen Ehrlichkeit wir in keiner Weise anzweifeln, als abgetan betrachten. Der Taktik und der Entschlossenheit der Prinzipale hätten unsere Vertreter die gleiche Entschlossenheit entgegen stellen müssen, auch wenn dadurch der Abschluß des Tarifes unterblieben wäre. Angesichts dieser Tatsachen wandten sich die Kollegen gegen den Tarifabschluß. Der Standpunkt der Versammlung wurde durch die Annahme folgender Resolution zum Ausdruck gebracht: »Die Frankfurter und Offenbacher Chemigrphen nehmen in ihrer heutigen Versammlung Stellung zum neuen Tarif. Sie können sich absolut mit dem Abschlusse nicht einverstanden erklären, da den berechtigten Forderungen der Gehilfen in keiner Weise entsprochen wurde, sondern durch die festgelegten Bestimmungen Verschlechterungen statt Verbesserungen für die Allgemeinheit eintreten werden. Wenn keine erneute Tarifverhandlungen erreicht werden können, so geben sie durch eine entschlossene Taktik der tariflosen Zeit den Vorzug. Sie schließen sich der Resolution der Berliner Kollegen an.«

Leipzig (Chemigr.). Auf Veranlassung der Zentralkommission fand am 19. September eine außerordentliche sehr gut besuchte Versammlung statt, die Stellung nahm zur Konferenz der Chemigrphen Deutschlands sowie zur Aufnahme des neuen Tarifes. Kollege Köhler skizzierte in kurzen Umrissen die Aufnahme des neuen Tarifes durch die Kollegen Deutschlands. Er hob besonders die Resolution der Berliner Kollegen hervor, die unter allen Umständen einen besseren Tarif erzwingen wolle. Die Zentralkommission habe sich deshalb gezwungen gesehen, eine Konferenz einzuberufen, um eine Klärung zu schaffen. Die darauffolgende, sehr lebhafte Diskussion brachte ganz besonders zum Ausdruck, daß es ein Fehler gewesen sei, über die Köpfe der Gesamtkollegen einen solchen Tarif abzuschließen, der nur Verschlechterungen gebracht habe. Es sei jedoch nichts mehr zu ändern. Der Tarif sei eben abgeschlossen. Wir dürfen uns nun nicht in nutzlose Klagen verlieren, sondern müssen die Situation klar und ruhig überschauen. Hat der neue Tarif uns keine Verbesserungen gebracht, so hat er das eine Gute, daß er die Kollegschaft aufrüttelt zu neuer gemeinsamer Arbeit, die er uns in Hülle und Fülle bringen wird. 5 Jahre sind keine Ewigkeit und dann wird der neu zubertende Tarif eine festgeschlossene Kollegschaft auf dem Platze finden. — Zum Schluß fand noch die Wahl je eines Kollegen in die Preßkommission und in den Bildungsausschuß statt.

München (Chemigr. u. Kupferdr.). Die Kollegschaft Münchens nahm in einer gutbesuchten Versammlung nochmals Stellung zum Tarif und zu dem eingelaufenen Protest der Kollegen. In dem Protest, der von 210 Kollegen unterschrieben ist, wendet man sich gegen die abgeschlossenen Tarifvereinbarungen; den Vertretern wird das Mißtrauen ausgedrückt. In der ausgedehnten Debatte wurde betont, daß die Versammlung als Demonstration gegen den abgeschlossenen Tarif aufzufassen sei, um zu zeigen, daß die Münchener Kollegschaft keineswegs gewillt sei, Verschlechterungen widerstandslos hinzunehmen. Das Verhalten der Gehilfenvertreter bei den Tarifverhandlungen wurde einer scharfen Kritik unterzogen; es wurde aber hervorgehoben, daß aus der allgemeinen Mißstimmung gegen den Tarif eine Organisationsmüdigkeit nicht Platz greifen dürfe. Es sei mehr denn je notwendig, die Kollegen eng zusammenzuschließen, um für alle Fälle gewappnet zu sein. Folgende Resolution wurde noch angenommen: »Die Versammelten erkennen den gewerblichen Vorteil eines Tarifabschlusses für beide Kontrahenten an, bedauern aber auf das lebhafteste, daß die Tarifvertreter der Gehilfenkreise einem Abschluß ihre Zustimmung gaben, der eine ganz enorme Verschlechterung für die Kollegschaft bedeutet. Die leitenden Personen der Ortsverwaltung München II werden beauftragt, mit den Prinzipalen in Verbindung zu treten, um in verschiedenen Punkten des abgeschlossenen Tarifes eine unbedingte Verbesserung herbeizuführen.«

Niedersedlitz (Chemigr.). In der am 10. September abgehaltenen Chemigrphenversammlung wurde durch Kollegen Lorenz-Dresden Bericht über die Tarifverhandlungen erstattet. Mit regem Interesse folgten die vollzählig erschienenen Kollegen den Ausführungen über den in Berlin neu abgeschlossenen Tarif. In der sehr regen Diskussion herrschte allgemeine Unzufriedenheit über den Tarifabschluß. Wesentliche Verbesserungen, wie sie die gegenwärtige wirtschaftliche Lage bedingt, seien nicht zu erzielen, und somit können dem neuen Tarif keine Sympathien entgegen gebracht werden. Unseren Vertretern wurde trotzdem ehrliche Mühewaltung nicht abgesprochen, sondern Anerkennung für ihre Arbeit gezollt. Wenn auch diesmal unter Bewertung der gegenwärtigen Depression in unserem gesamten graphischen Berufe kein günstigeres Ergebnis unserer Tarifbestrebungen zu erzielen war, so muß es in Zukunft immer unsere Pflicht sein, in jeder Art und Weise für Verbesserungen bestrebt zu sein.

Nürnberg (Chemigr.). In unserer Versammlung vom 8. August referierte Kollege Götz über die Tarifverhandlungen in Berlin. Die Kollegen nahmen diesen Bericht unter größter Erregung auf und entriesteten sich aufs höchste über die Art, wie dieser Tarif mit so grundlegenden Änderungen über die Köpfe der Mitglieder hinweg zum Abschluß gebracht wurde. Besonders wurde auch auf den Umstand hingewiesen, wie durch einen derartigen Tarif einesteils unsere gewerkschaftliche Arbeit unterbunden und andernteils unsere Auskunfts-karte illusorisch gemacht wird. — Die Diskussion wurde in einer am 13. September abgehaltenen Versammlung fortgesetzt. Allgemein wurde festgestellt, daß dieser Tarifabschluß in einer Zeit fortgesetzter wirtschaftlicher Preissteigerungen eine bedeutende Verschlechterung unserer ganzen Lebenslage bedeutet und daher umso aufreizender wirken muß. Die Versammelten stellen sich daher auf den Standpunkt, daß dieser Tarif für die Gehilfen unter keinen Umständen annehmbar sei. Folgende Resolution fand darauf einstimmige Annahme: »Die am 13. September 1913 stattgehabte außerordentliche Monatsversammlung der Chemigrphen Nürnbergs nahm erneut Stellung gegen den neu abgeschlossenen Tarif. Sie erklärt sich voll und ganz solidarisch mit allen Kollegen Deutschlands in der Auffassung über die wertlose und unbedingte Annahme eines solchen Tarifes und protestiert aufs entschiedenste dagegen. Sie erblickt in der Annahme eine schwere unkorrekte Handlungsweise der Tarifvertreter und eine Verschlechterung unseres Gewerbes. Ganz vergessen haben die Vertreter den Zweck der Organisation (§ 1 und 2 unseres Verbandsstatuts); daher spricht ihnen die Versammlung ihre größte

Mißbilligung aus. Die neuangesetzte Chemigrphenkonferenz wird beauftragt, alle zu Gebote stehende Mittel zu ergreifen, um bessere Verhältnisse zu schaffen und den neuen Tarif illusorisch zu machen. Auch erwarten wir von unseren Prinzipalen, daß sie das weitestgehende Entgegenkommen zeigen werden.«

Die Tapetenbranche.

Teil für die Interessen der Formstecher, Tapeten-, Linoleum-, Wachs- u. Zeug- und Seiden-Drucker. — Arbeitsnachweisführer: C. Schubart, Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 24.

Aus den Sektionen.

Berlin. Die Versammlung vom 6. September nahm zunächst nach Erledigung der geschäftlichen Angelegenheiten einen Vortrag des Kollegen Schubart über die *Lehrlingsfrage im Formstechergewerbe* entgegen. In ausführlicher Weise schilderte der Vortragende die Lehrlingsverhältnisse der letzten 10 Jahre und führte auf Grund von autenthischem Zahlenmaterial den Nachweis, daß zu keiner Zeit ein so ungesundes Verhältnis der Lehrlingszahl zur Gehilfenzahl bestanden hat wie in diesem Jahre. Den Kollegen wurde vor Augen geführt, welcher Zukunft man entgegen gehe, wenn nicht ernstlich daran gedacht werde, dieser enormen Lehrlingszuchterei, wie sie in den in Nr. 34 der »Gr. Pr.« veröffentlichten Orten herrscht, entschieden entgegenzutreten. Die Unternehmer erblickten in dem Halften vieler Lehrlinge ein Mittel, neben der Erlangung billiger Arbeitskräfte ein Plus an Arbeitern heranzuzüchten, um so mit der Zeit ein die Nachfrage übersteigendes Angebot von Arbeitskräften zu erzielen. Was kümmert es die Unternehmer, wenn der Stecher in der flauen Zeit auch wochenlang ohne Arbeit auf der Straße liegt. Die Hauptsache ist, daß nur sie dabei auf ihre Rechnung kommen. Der Vortragende schloß mit der ersten Mahnung an alle Kollegen, durch rege Aussprache und durch Veröffentlichung der Übergriffe der einzelnen Unternehmer dafür Sorge zu tragen, daß die Diskussion über die Lehrlingsfrage nicht eher wieder schwindet, bis wieder eine Besserung eingetreten ist. In der sehr regen Diskussion, die dem mit Befall aufgenommenen Vortrag folgte, wurden verschiedene Fingerzeige in dieser Richtung gegeben. Auch konnte der Vorsitzende mitteilen, daß man über die Lehrlingsfrage bereits in Berlin mit den Unternehmern verhandelt habe; von allen mit Ausnahme eines Unternehmers seien in dieser Hinsicht befriedigende Erklärungen abgegeben worden. Nur die Firma *Klau & Händsch* in Adlershof glaubte für sich das Recht in Anspruch nehmen zu dürfen, die Wünsche der Kollegen in dieser Hinsicht zu ignorieren; sie stellt zum Oktober wieder einen Lehrling ein, sodaß dann auf 13 Gehilfen bei genannter Firma 6 Lehrlinge kommen. Die Gehilfen werden der Firma bei der ihnen passenden Gelegenheit die Antwort nicht schuldig bleiben. Nach der Wahl der Zentralkommission wurde noch der Wunsch ausgesprochen, für die nächste Versammlung einen Vortrag über die »Volksfürsorge« halten zu lassen.

Feuilleton.

Vom Büchertisch.
Verband der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tücher und Weißbinder Deutschlands. Protokoll der Verhandlungen der vierzehnten ordentlichen Generalversammlung, abgehalten vom 30. Juni bis 5. Juli in Halle a. d. S. Verlag von Alb. Tobler, Hamburg, 215 Seiten 8^o.
Verband der Schneider, Schneiderinnen und Wäschearbeiter Deutschlands. Die Arbeits- und Einkommensverhältnisse unserer Mitglieder im Jahre 1911. Bearbeitet von A. Weiker. 216 Seiten 4^o. Selbstverlag des Verbandes.

Stellenangebote
Positiv-Retusheur
 und Zeichner, tüchtig im Schriftzeichnen gesucht von
E. Schreiber, G. m. b. H.,
 Kunstanstalt, Stuttgart, Hadstr. 77

Für eine Formstecherei wird ein erfahrener
Meister
 und für eine Wachs- u. Zeugfabrik ein **tüchtiger Stecher,** welcher mit allen in dieser Branche vorkommenden Arbeiten vertraut ist, durch den Arbeitsnachweis gesucht.
C. Schubart,
 Berlin-Lichtenberg, Rittergutstr. 24

Tüchtig. Andruker
 für Drei- und Vierfarbendruck gesucht von
E. Schreiber, G. m. b. H.,
 Kunstanstalt, Stuttgart, Hadstr. 77

Verschiedenes
Original grau feucht und „Cosmos“ feucht Ludka
 48x64 cm, pro 100 Bg. Mk. 8,- u. 8,50. Fadmännisch gepflegt ist das beste Umdruckpapier. — **Goldlack** gibt der Bronze festen Halt und tadelloser Glanz auf dem schlechtesten Papier p. kg Mk. 5,-. — Bestes Tonschutzmittel für Zink **„Radikal“** p. kg Mk. 3,50. — **Trockenmittel** usw. (180)
H. M. Köhler, Leipzig-Schönefeld.

Freie Fachschule für das graphische Gewerbe
 Berlin-Neukölln, Spremberger Straße 11
Vorbereitungskurse
 für das Buch- u. Steindruckgewerbe zur Meisterprüfung sowie zur Ausbildung als Kontor- u. Betriebsbeamter.
Kurse zur Ausbildung als Zeitungs- u. Reklamefachmann
Spezialkurse: Entwerfen von Reklamedrucksachen, Inseraten und Schriftzügen, Tonplattenschnitt, Kalkulation von Buch- und Steindruckarbeiten, Buchführung, kaufm. und allgemeines Rechnen.
Briefl. Unterricht Vorbereitungskurs auf die Meisterprüfung für das Buch- u. Steindruckgewerbe; Kalkulation von Buch- u. Steindruckarbeiten sowie Papierkunde; Tonplattenschnitt.
Kurse zur Einführung in das Offsetverfahren
 (zur Verwendung kommt die Mann-Offsetpresse)
 Kostenloser Zusendung
 des Programms 1913/1914 erfolgt auf Wunsch

Graphische Fachklassen
 Buchdruck, Satz, Lithographie, Stein-
 druck, Photomechanische Verfahren,
 Entwurf und Werkstatt-Ausbildung,
 Prosekt frei. Kunstgewerbeschule
Barmen

Fachliteratur.
Der praktische Umdruker.
 Von Bernh. Enders, umfaßt das Gesamtgebiet des Umdr. Preis inkl. Porto 85 Pf.
Senefelders Lehrbuch der Lithographie und des Steindrucks vom Jahre 1821.
 Preis inkl. Porto für Verbandsmitglieder 4,50 Mk., sonst 7,50 Mk.
Der Aluminiumdruck (Algraphie).
 Von K. Wellandt. Preis inkl. Porto 85 Pf.
 Zu beziehen durch:
Conrad Müller, Schönefeld.